

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1957 bis 1990 Band 5

Die Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands

Band 5/108: 11.10.1963 – 26.10.1965

11.10.1963

BRD: Bundeskanzler Adenauer (CDU) erklärt am 11. Oktober 1963 vorzeitig seinen Rücktritt.

16.10.1963

BRD: Ludwig Erhard (CDU) wird am 16. Oktober 1963 zum neuen Bundeskanzler gewählt.

22.11.1963

USA: US-Präsident John Fitzgerald Kennedy (1917-1963) stirbt am 22. November 1963 nach einem Attentat in Dallas/Texas.

Der Tod des sehr beliebten US-Präsidenten erschüttert damals die Welt. In Berlin und in vielen anderen Metropolen finden weltweit spontane Trauerkundgebungen statt.

Nachfolger des ermordeten US-Präsidenten Kennedy wird Vizepräsident Lyndon B. Johnson (1908-1973).

Lyndon B. Johnson wird wenige Stunden später als 36. Präsident der USA vereidigt. Johnson erklärt, Kennedys Politik fortzusetzen.

Der vermutliche Attentäter Lee Oswald (1939-1963) wird 2 Tage später trotz Polizeibewachung durch den Nachtbarbesitzer Jack Ruby (1911-1967) erschossen.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Ermordung Kennedys (x068/328-330): >>... Noch heute möchten viele, dass der Mörder Kennedys auf eigene Faust gehandelt habe, dass er nichts anderes gewesen sei, so erst noch unlängst eine große deutsche Wochenzeitung, als "ein ganz gewöhnlicher Spinner". Aber es spricht vieles dafür, und die meisten Menschen sind inzwischen davon überzeugt, daß Oswald Agent in fremdem Auftrag, daß der Mord nicht die Tat eines einzelnen war, so wenig wie Oswalds Ermordung nur die von Jack Ruby, sondern daß dahinter jeweils mehrere standen, daß alles auf ein Komplott zurückgeht.

Das FBI hat aber gerade diesen dringenden Verdacht kein einziges Mal geäußert. Im Gegenteil, es hat ihn immer wieder zu entkräften versucht. Ja, Widersprüche und Fehlangaben durch FBI und Polizei sind so auffallend, daß die Vermutung naheliegt, sie verheimlichen etwas.

Schon vor Jahrzehnten wurde von L. L. Matthias ebenso eindringlich wie einleuchtend gezeigt, daß dieses Attentat unmöglich ein Einzelgänger begangen haben könne, ein Sonderling. "Es muß ein politisches Komplott gewesen sein, zu dem sehr machtvolle Persönlichkeiten gehört haben; es wäre sonst in dem aufweisbaren Umfang, mit der Polizei von Dallas und dem FBI im Vorspann, nicht möglich gewesen. ...

Historiker werden vielleicht zu einer späteren Zeit die Möglichkeit haben, festzustellen, daß das Verhängnis am 10. Oktober zu rollen begonnen hatte. Es war der Tag des Showdown, der Kraftprobe von Marienborn. Kennedy siegte am 10. Oktober. Dreiundvierzig Tage später, am 22. November, siegten seine Feinde."

Ist es aber Zufall, dass man am seltensten unter den Feinden des Präsidenten gerade jenen

Kreis nannte, der weitaus der mächtigste war: das Big Business?

Natürlich ist Kennedy kein Gegner des Großkapitals gewesen. Er hatte schon im Wahlkampf 1960 die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums als "das vordringliche innenpolitische Problem" erklärt, ja betont, die Wirtschaft müsse jährlich um 5 % wachsen; wußte er doch, nur zu gut, daß er mit ihr "im selben Boot" saß. Freilich, die mächtige Stahlindustrie hatte er in die Knie gezwungen, den Kampf um den Stahlpreis gewonnen. Und war auch Barry Goldwaters Behauptung, Kennedy versuche "zu sozialisieren", lächerlich, sein Interesse an Mindestlohn, Arbeitslosenunterstützung, Sozialversicherung war bekannt.

Er sprach auch von der Armut Amerikas, und zwar als erster Präsident der USA, von der Größe dieser Armut. Ebenso verabscheute man seine gelegentliche Arroganz gegenüber der Geschäftswelt, für seinen Vater lauter "Schufte", für ihn selbst "tatsächlich eine üble Bande". Nun, ein Multidollarmillionär konnte da vielleicht etwas naßforscher auftreten. Ein wenig erinnert er, nicht nur in diesem Zusammenhang an F. D. Roosevelt, dessen Innenpolitik er bewundert hat. Aber war Kennedy nicht etwas zu kritisch? Zu hochmütig auch?

Seine Gegner rächten sich durch einen inszenierten Preissturz an der Börse: der größte Kursfall an einem Tag seit dem Börsenkrach von 1929. Nach der Attacke gegen U.S. Steel wollte man so der Nation eine bevorstehende Wirtschaftskrise, den "Vertrauensschwund" signalisieren.

Kennedy, kein Zweifel, war am meisten in den Kreisen der Industrie und Großfinanz verhaßt, überall, wo man Abrüstung fürchtete. Man nannte ihn "geschäftsunfreundlich", gar einen "Sozialisten". Und man haßte ihn aus ähnlichen Gründen, wie man Franklin Roosevelt gehaßt hatte. Beide kannten neben der Privatwirtschaft wenigstens am Rande noch sogenannte Staatsinteressen. Beide waren reich und intelligent, während ihre Gegner häufig nur reich gewesen sind. Besonders in den Südstaaten verübelte man Kennedy seine Einstellung zum Rassenproblem. Manche hängten dort Riesenpuppen mit seinem Gesicht und einem Strick um den Hals aus dem Fenster.

Wenige Stunden vor dem Dallas-Attentat brachten die "Dallas Morning News" eine ganzseitige schwarzumrandete Anzeige, die unter der Schlagzeile "Willkommen Mr. Kennedy in Dallas" eine Reihe unverschämter Fragen an ihn stellte. Nach der Ermordung veröffentlichte "Life", die meistgelesene Zeitschrift der Welt, einen Nachruf auf Kennedy von 50 Zeilen, darin überdies nur den Eindruck seiner Gebrechlichkeit erweckend; nichts Positives. Und auf dem Titelblatt prangte nicht etwa der tote Präsident, sondern der Nachfolger Lyndon B. Johnson. "Time" verhielt sich nicht viel anders.

Jedenfalls war man, wenn schon keine Last, so doch ein Risiko los, wenn schon keinen Dolch im Herzen, so doch einen Dorn im Fleisch.

Die amerikanischen Präsidenten leben, wie fast alle Politiker der Welt, einschließlich der Päpste, von ihrem Amt. Nicht mehr im Amt, erinnert man sich eher früher als später kaum noch an sie. Nur die wenigsten gehen - und bleiben; was übrigens auch noch nichts heißt, außer Schlimmes oft, Schlimmstes. Doch wie auch immer: wer kennt heute noch einen Madison, van Buren, Harrison, wer kennt Tyler und Taylor, Polk und Fillmore, Pierce, Buchanan, Hayes, Garfield, wer Cleveland, Arthur, wer Taft oder Harding?

Wer erinnert sich noch deutlich selbst an Ford und Carter, Präsidenten der letzten zwanzig Jahre? "Mehr als anständiges Vergessen werden mit einer hübschen Pension ist nicht zu erhoffen" (E. Fawcett/T. Thomas).

Vor diesem Schicksal haben die Schüsse von Dallas John F. Kennedy bewahrt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im September 2016) im COMPACT-Spezial Nr. 11 über die Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy

(x342/40-43): >>Mister X packt aus

_ von Jürgen Elsässer

... **Operation Northwoods**

Unter Präsident John F. Kennedy (ab 1960) begann der Stern von Allen Dulles zu sinken. Eine seiner letzten verdeckten Operationen war die Invasion in der Schweinebucht, mit der im April 1961 die Castro-Regierung auf Kuba gestürzt werden sollte. Dazu wurden exilkubanische Kampfgruppen auf geheimen CIA-Stützpunkten in Florida ausgebildet. Doch nach deren Landung in der alten Heimat konnte sich ihr Brückenkopf nur kurz halten, die Flucht war schmachvoll. Kennedy machte Dulles für das Debakel verantwortlich und löste ihn als CIA-Chef ab.

Die Krisen um Kuba aber setzten sich fort, und Dulles dürfte über seine Militär- und Geheimdienstverbindungen - dazu gleich mehr - weiter in die Kriegsvorbereitungen der USA involviert gewesen sein. Vom Pentagon wurde jedenfalls 1961/62 ein Plan für verdeckte Subversionsaktivitäten gegen die Zuckerinsel ausgearbeitet, die die Handschrift der Black-Ops-Politik von Dulles trugen - und die sich wie ein Vorspiel zu den Terroranschlägen des 11. September lesen: Operation Northwoods.

Als CIA-Direktor gab Dulles Mordanschläge in Auftrag.

Operation Northwoods war auf Anforderung von General Edward Lansdale entworfen worden, dem Gründer der US Special Warfare School in Fort Bragg und Strategen des Eingreifens gegen Kuba und Vietnam. Der Plan wurde vom gesamten Oberkommando der Streitkräfte einschließlich dessen Vorsitzenden, General Lyman Lemnitzer, unterstützt und Verteidigungsminister Robert McNamara mit Datum vom 13. März 1962 zugestellt. Lemnitzer war im Zweiten Weltkrieg Mitarbeiter von Allen Dulles gewesen. Damit saßen mit ihm und Lansdale zwei Dulles-Zöglinge an den Schalthebeln der Umsetzung von Operation Northwoods.

Der Northwoods-Plot liest sich wie eine Blaupause von 9/11.

Im Northwoods-Handbuch wurden Terroraktivitäten vorgeschlagen, die von US-Agenten ausgeführt, aber den Kubanern in die Schuhe geschoben werden sollten, um einen Kriegsvorwand zu schaffen. "Geheimen und lange unter Verschuß gehaltenen Dokumenten zufolge ... machte und verabschiedete der Vereinigte Generalstab Pläne, die vielleicht die schlimmsten waren, die je von einer US-amerikanischen Regierungsinstanz produziert worden sind.

Im Namen des Antikommunismus schlugen die Militärs einen geheimen und blutigen Terrorkrieg gegen ihr eigenes Land vor, um die amerikanische Öffentlichkeit für den irrwitzigen Krieg zu gewinnen, den sie gegen Kuba führen wollten", resümiert James Bamford in seinem Standardwerk zum US-Überwachungsdienst NSA.

Das alles klingt so unglaublich, daß an dieser Stelle darauf verwiesen werden muß, daß alles durch Originaldokumente der US-Armee belegt ist, die 1997/98 im Zuge des Freedom of Information Act freigegeben wurden. In den Northwoods-Planungen wurde angeregt, daß man "ein paar Plastikbomben in sorgfältig ausgewählten Orten explodieren lassen könnte", daraufhin solle "die Verhaftung kubanischer Agenten" erfolgen und "vorbereitete Dokumente freigegeben werden, die die kubanische Urhebererschaft untermauern". Begleitend könnte man "versuchte Entführungen von zivilen Luftverkehrsmaschinen ... als Nadelstiche der kubanischen Regierung erscheinen lassen".

Ein weiterer Northwoods-Plot liest sich wie eine Blaupause dessen, was am 11. September 2001 passiert sein könnte. Er sieht den heimlichen Austausch einer zivilen Passagiermaschine durch eine optisch zum Verwechseln ähnliche Drohne vor, deren Abschuß über Kuba dann simuliert wird. Wörtlich heißt es:

"Die Startzeiten des Drohnen-Flugzeuges und des echten Flugzeuges würden so bestimmt, daß ein Luft-Rendezvous südlich von Florida möglich ist. Wenn sich die Flugbahnen kreuzen, wird das Passagierflugzeug seine Flughöhe auf Mindesthöhe absenken und direkt auf einem Hilfsflugfeld der Luftwaffenbasis Eglin landen, wo Vorkehrungen getroffen wurden, um die Passagiere zu evakuieren und das Flugzeug in seinen ursprünglichen Zustand zu versetzen.

Währenddessen wird das Drohnen-Flugzeug der vorgesehenen Flugroute folgen. Sobald sich die Drohne über Kuba befindet, wird sie auf den internationalen Notfallfrequenzen einen "Mayday-Hilferuf" absetzen und darüber informieren, daß sie von einem kubanischen MiG-Flugzeug angegriffen wird. Die Übertragung bricht bei der Sprengung des Flugzeuges ab, die durch ein Funksignal ausgelöst wird."

Operation Northwoods wurde allerdings, im Unterschied zu den Attentatsplänen gegen Fidel Castro unter dem Codenamen Operation Mongoose, von Kennedy nicht genehmigt. Das war der erste wichtige Punkt, an dem sich JFK bei den Dulles-Seilschaften in Militär- und Geheimdienst unbeliebt machte.

Der Mord von Dallas

Der zweite Großkonflikt folgte ein Jahr später, 1962. Nachdem sowjetische Mittelstreckenraketen auf Kuba entdeckt worden waren, verhängten die USA eine Seeblockade. Im geheimen Krisenstab trommelte das Oberkommando der Streitkräfte unter Lemnitzer zum Angriff auf die Castro-Republik. 13 Tage lang stand die Welt am atomaren Abgrund. Doch Kennedy übergab den Krisenstab und baute eine direkte Kommunikationsverbindung zum sowjetischen Staatschef Nikita Chruschtschow auf. Die beiden fanden einen Kompromiß, der nukleare Schlagabtausch wurde in letzter Sekunde verhindert. Die Militärs grollten.

Nach Kennedys Erfolg in der Kubakrise wurde Lemnitzer abgelöst. Der Kalte Krieg hatte seinen Höhepunkt überschritten, als der Präsident auch Ansätze zu einem Disengagement in Vietnam erkennen ließ. Als er im Sommer 1963 gar noch Gesetze vorbereitete, die die Macht der privaten Banken über die Geldpolitik der USA gebrochen hätten, war sein Todesurteil gesprochen. Die Schüsse von Dallas waren der Auftakt zur massiven Ausweitung der US-Militärintervention in Vietnam.

Über das Kennedy-Attentat liegt eine Legion von Untersuchungen vor, die an dieser Stelle nicht referiert werden können. Die Hinweise, daß Geheimdienstkreise in die Bluttat verwickelt waren, sind jedenfalls erdrückend. Allen Dulles wurde nach dem Attentat in die staatliche Warren-Kommission berufen, die das Verbrechen aufklären sollte. In dieser Funktion favorisierte er von Anfang an die Alleintäterthese und blockierte jede Ermittlung über einen CIA-Hintergrund des Todesschützen Lee Harvey Oswald und über einen möglichen zweiten Mörder.

Dulles-Vertraute bauten die NATO-Geheimarmee Gladio auf.

Der abgelöste General Lemnitzer setzte sich keineswegs zur Ruhe. Er wurde NATO-Oberkommandierender in Europa und traf in Italien auf Dulles' alten Kontakt Licio Gelli. Ihr gemeinsames Ziel war die Verhinderung einer Regierungsbeteiligung der immer stärker werdenden Kommunistischen Partei. Gelli war Lemnitzer beim Aufbau der geheimen NATO-Untergrundarmee Gladio behilflich, die in Italien in den folgenden Jahrzehnten in Putschversuche und Terroranschläge verwickelt war.

Tricky Dicks Seilschaften

Mit der Beseitigung von JFK 1963 ruhten die Hoffnungen der Vietnamkriegs-Gegner auf dessen Bruder Bobby, der 1968 für die Präsidentschaft kandidierte - doch auch er wurde durch ein Attentat ausgeschaltet. Damit war der Weg ins Weiße Haus frei für Richard Nixon, den Kandidaten der Republikaner. Nixon, von Gegnern als "Tricky Dick" geschmäht, kam aus den geheimdienstlichen Schattenstrukturen der fünfziger Jahre. Er wurde 1953 Vizepräsident unter Eisenhower, nachdem er bereits zuvor von Allen Dulles für seinen antikommunistischen Freiheits-Kreuzzug (Crusade for Freedom) rekrutiert worden war, mit dem jener seit 1950 seine weltweiten Geheimdienstoperationen flankierte.

Durch seinen autoritären Politikstil - bekannt wurde vor allem die Watergate Affäre, die Bespitzelung oppositioneller Politiker - gelang es Nixon, eine neue Generation skrupelloser Machtpolitiker anzuziehen, zu formen und in Stellung zu bringen - die Gründerväter der Neo-

konservativen.

An erster Stelle wären Dick Cheney und Donald Rumsfeld zu nennen, die später unter George W. Bush das Amt des Vizepräsidenten beziehungsweise Verteidigungsministers bekleiden sollten. Rumsfeld wurde nach dem Wahlsieg Nixons gleich an die Spitze des Office of Economic Opportunity - eine Art Förderprogramm für sozial Schwache - berufen und kam 1971 als Berater ins Weiße Haus. In beiden Positionen zog er Cheney nach. John Dean, ebenfalls damals Berater von Tricky Dick, meinte nach dem 11. September 2001, daß Rumsfeld viel vom "nixonianischen" Denken mitgenommen hatte, insbesondere was dessen Verständnis von einer selbstherrlichen Exekutive anging.<<

20.12.1963

BRD: In Frankfurt beginnt am 20. Dezember 1963 ein Prozeß gegen 21 ehemalige Wachleute des KZ Auschwitz.

1963

Jugoslawien: Der jugoslawischen Politiker und Schriftsteller Milovan Djilas (1911-1995) schreibt im Jahre 1963 über die Schwächen der kommunistischen Planwirtschaft (x149/135):

>>Die kommunistische Planwirtschaft birgt eine Anarchie besonderer Art in sich. Obwohl sie geplant ist, ist die kommunistische Wirtschaft wahrscheinlich die verschwenderischste Wirtschaft in der Geschichte der Menschheit. ...

Das Fehlen jeder Art Kritik, ja selbst jeder Art ernstgemeinter Vorschläge führt unweigerlich zur Vergeudung und Stagnation. Gerade wegen dieser politischen und wirtschaftlichen Allmacht können Unternehmungen, bei denen Vermögen verschleudert werden, selbst bei den besten Absichten nicht vermieden werden.

Man kümmert sich aber wenig darum, wieviel solche Unternehmungen die Gesamtwirtschaft kosten. Wieviel kostet das Volk eine vernachlässigte Landwirtschaft?

Wieviel kostet das tote Kapital, das in unergiebigem Industrien angelegt wird? ...

Wieviel kosten unterbezahlte Arbeiter, die systematisch faulenzten?

Wieviel kostet schlechte Qualität in der Produktion?

Diese Kosten können nicht berechnet, sie können nicht einmal geschätzt werden. ...<<

1964

Nicht jene, die streiten, sind zu fürchten, sondern jene, die ausweichen. Nichts macht uns feiger und gewissenloser als der Wunsch, von allen Menschen geliebt zu werden.

<i>Marie Freifrau von Ebner-Eschenbach (1830-1916, österreichische Schriftstellerin)</i>
--

22.03.1964

BRD: Der Kongreß der ostdeutschen Landesvertretungen beschließt am 22. März 1964 Grundlagen einer europäischen Friedensordnung (x155/105-106): >>... 2. Die Gefahren der Welt gebieten das Streben nach einem dauerhaften Frieden. ...

3. Frieden und Recht sind untrennbar; sie gemeinsam erst sichern gute Nachbarschaft zwischen Staaten, Völkern und Menschen.

4. Das Ziel eines einigen, auf Freiheit begründeten Europas ist nur auf einer rechtmäßigen, das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf die Heimat gewährleisteten Ordnung unter den Staaten und Völkern, nicht aber Duldung oder gar Billigung rechtswidriger Gewalt zu erreichen.

5. Auch Freundschaft und Vertrauen zwischen den Staaten erwachsen nur aus gegenseitiger Anerkennung des Rechts, niemals aus Okkupation und Aufrechterhaltung von Massenvertreibungen. ...

7. Deutschland ist in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 von den Unterzeichnermächten der Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 - einschließlich der Sowjetunion - anerkannt. Annexionswille und Mißachtung der Selbstbestimmung halten es rechtswidrig geteilt. ...

10. Deutschlands Außenpolitik muß für Recht und Gerechtigkeit als politisches Prinzip eintreten, gerade weil sie unter der Last der entsetzlichen Verbrechen einer totalitären Zwischenherrschaft steht. Die anderen Völker sollten nicht vergessen, daß in einer chaotischen Zeit der Gewalt auch an Millionen Deutschen Verbrechen begangen wurden.

11. Es gibt jedoch keine Kollektivschuld, auch keine deutsche. Rechtmäßig darf keine Sühne von einer Gesamtheit und für Deutschland etwa stellvertretend von den Ostdeutschen gefordert werden.

12. Die Folgen von Verbrechen sind im Rahmen des Menschenmöglichen zu beseitigen. Eine Hinnahme des fortbestehenden Unrechts an deutschen Staatsbürgern widerspricht diesem Grundsatz. ...

13. Die Wahrung der Menschenwürde ist Inhalt und Ziel irdischen Rechts. Die Wiederherstellung verletzten Rechts muß daher selbst Unmenschlichkeiten ausschließen. Dies gilt in den von der Sowjetunion und Polen verwalteten deutschen Gebieten auch gegenüber den Menschen, die von fremden Mächten dort angesiedelt worden sind. Dem einzelnen gebührt die Freiheit, im Lande zu bleiben oder in seinen Staat zurückzukehren.<<

Bundeskanzler Ludwig Erhard erklärt am 22. März 1964 während seiner Rede vor dem Kongreß der Ostdeutschen (x155/107): >>Wir erheben gewiß keine Forderungen auf fremdes Staatsgebiet. Aber wir verzichten nicht - und können angesichts der Verantwortung vor dem deutschen Volk, dem Recht und der Geschichte auch nicht verzichten - auf Gebiete, die die angestammte Heimat so vieler unserer deutschen Brüder und Schwestern sind. ...<<

01.06.1964

Palästina: Der Erste Palästinensische Nationalrat beschließt am 1. Juni 1964 die Gründung der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO (x175/577).

Die palästinensische Befreiungsorganisation PLO verkündet damals (x243/254): >>Die bewaffnete Befreiung Palästinas ist eine nationale Pflicht, um die zionistische und imperialistische Invasion vor der großen arabischen Heimat abzuwehren.

Die Teilung Palästinas aus dem Jahre 1947 und die Gründung Israels sind von Grund auf nichtig. Denn sie widersetzen sich dem Willen des palästinensisch-arabischen Volkes und seinem natürlichen Recht auf seine Heimat; sie widersprechen den Grundsätzen der Vereinten Nationen, vor allem dem Recht auf Selbstbestimmung. ...

Das arabisch-palästinensische Volk ... weist alle Lösungen, die einen Ersatz für die vollständige Befreiung Palästinas darstellen, zurück. ...<<

08.06.1964

BRD: Das BdV-Präsidium kritisiert am 8. Juni 1964 die einseitige Berichterstattung der in- und ausländischen Medien (x155/107): >>... Mit großer Besorgnis erfüllt den Bund der Vertriebenen, daß die öffentlichen Kommunikationsmittel es unterlassen, gegenüber den fast täglichen Angriffen und Falschinformationen aus dem Ostblock den nationalpolitischen Standpunkt des deutschen Volkes, der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages zu vertreten. ...<<

01.07.1964

BRD: Heinrich Lübke (1894-1972) wird am 1. Juli 1964 nochmals zum Bundespräsidenten gewählt.

30.07.1964

Vietnam: Im Golf von Tongking werden am 30. Juli 1964 angeblich 2 US-Zerstörer von nordvietnamesischen Kriegsschiffen angegriffen (x175/579).

Nach diesem nie völlig aufgeklärten "Tongking-Zwischenfall" beginnen einige Tage später US-Luftangriffe gegen nordvietnamesische Marinestützpunkte.

07.08.1964

USA: Der US-Kongreß genehmigt am 7. August 1964 die geforderte Truppenverstärkung in

Vietnam und ermächtigt US-Präsident Johnson, Vergeltungsaktionen für die Angriffe auf Kriegsschiffe der USA ("Tongking-Zwischenfall") durchzuführen - eigentlicher Beginn des Vietnamkrieges (x175/579).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den Vietnamkrieg (x068/331-336,339-341): >>>Vom Vietnamkrieg bis zum Krieg am Golf

Vietnam, das "Land des Südens", an der Ost- und Südostküste Hinterindiens gelegen, ging aus dem Bestand von Französisch-Indochina während der japanischen Besetzung im Zweiten Weltkrieg hervor. Die erst nationalistische, dann kommunistische Bewegung der Viet Minh befreite durch ihre Revolution 1945 große Landesteile von den Besatzern und der mit diesen verbündeten französischen Administration.

Am 2. September konstituierte sich die Demokratische Republik Vietnam unter Präsident Ho Chi Minh, bereits gegen Mitte dieses Monats aber setzte der Gegenangriff der Franzosen ein, unterstützt von Großbritannien, Nationalchina und den USA, die ab 1950 die Kriegskosten Frankreichs bis zu 80 % finanzierten. Nach schweren Verlusten wird der immer blutigere Formen annehmende Indochinakrieg 1954 durch die Genfer Ostasienkonferenz beendet. Vietnam bricht - man erinnere sich an Korea - in zwei Teile auseinander, wobei Süd-Vietnam unter das Regiment von Ngo Dinh Diem gerät.

Diem hatte sich von 1950 bis 1953 als Laienbruder in einem katholischen Kloster der USA auf seine Helden- und schließlich Märtyrerrolle vorbereitet. Von kirchlichen und politischen Kreisen empfohlen, wird er 1954 Ministerpräsident, 1955 Staatspräsident Süd-Vietnams. Er schant jetzt, gut katholisch, sämtliche Schlüsselpositionen der eigenen Familie zu; sein Bruder Monsignore Pierre Ngo Dinh Thuc, der Erzbischof von Hue, flüchtet später nach Rom. Er selbst, dem Vize-Präsident Johnson "bewundernswerte Qualitäten" attestiert, "aber wenig Kontakt zur Bevölkerung" (da er sie schamlos ausbeutete), wird viele Jahre von den USA gestützt und hochgehalten.

Allmählich aber kompromittieren diese die terroristischen Exzesse, die Konzentrationslager, Kerker, Menschenjagden des einstigen Klosterbruders derart vor der ganzen Welt, daß Präsident Kennedy die Ermordung des südvietnamesischen Regierungschefs - sie erfolgt am 1. November 1963, drei Wochen vor seiner eigenen - zumindest absegnet, wenn nicht, wie oft behauptet, selbst befiehlt.

Schon Eisenhower hatte Diem die Unterstützung seiner Regierung versprochen "beim Aufbau" gegen alle "Subversion oder Aggression" der bösen Kommunisten. Und schickte ihm auch Jahr für Jahr durchschnittlich 300 Millionen Dollar zur Stärkung.

Noch mehr aber engagierte sich Nachfolger Kennedy, den das Vietnam-Problem zuletzt mehr als alles andere in Asien beschäftigt hat, ja, er heizte das Feuer dieses Krieges mehr als jeder andere an, und seine nächste Umgebung schürte es mit. Vizepräsident Johnson (in Vietnam, Formosa, Thailand im Frühjahr 1961) war voller Optimismus, empfahl die Stabilisierung der Lage, ein massives Engagement, lasse sich da doch überall "ein gesundes System" schaffen, um "der kommunistischen Flut zu widerstehen und sie zurückzudrängen". Und auch für Verteidigungsminister Robert McNamara, von Kennedy besonders geschätzt, deutete bei seiner Vietnam-Visite 1962 alles darauf hin, "daß wir diesen Krieg gewinnen."

So schickte bereits Kennedy ganze Scharen von "Militärberatern" - man spricht von 20.000 - nach Süd-Vietnam, darunter viele Veteranen aus dem Korea-Krieg, dazu "die Waffen des modernen Krieges, von der Schreibmaschine bis zum Hubschrauber" (Schlesinger).

Und natürlich kämpften diese Berater bereits mit der südvietnamesischen Armee.

... Politisch war das amerikanische Engagement in Vietnam die unmittelbare Folge des Dulles-Konzepts, wonach in der gespaltenen Welt die USA den jeweils "freien" Teil gegen den kommunistischen zu verteidigen hatten. Dahinter aber stand ihr Führungsanspruch oder, mit

Kennedy, "der uns zu Recht gebührende Platz an der Spitze einer weltumfassenden Bewegung", stand das globale Ziel der US-Strategie, wenn schon zunächst nicht Handels-, so doch Handlungsräume zu gewinnen und sie gegen alle sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaftsordnungen zu verteidigen und, wenn möglich, zu vergrößern.

Im Grunde ist der Vietnamkrieg nichts als ein Paradebeispiel neokolonialistischer Politik. Die US-Präsidenten beschwören dabei mit vielen großen, stets sofort die Welt umrundenden Worten ihren natürlich ganz uneigennütigen Kampf für Freiheit, Demokratie, Selbstbestimmung, für die Sicherheit des Westens, die Ehre der Nation, und nicht zuletzt für die Steigerung des Wohlstandes der armen Länder.

In Wirklichkeit brachten sie diesen Bomben, Granaten und Gift, einen unheimlich hinterhältigen, brutal-dreckigen Krieg. Und während dieser Krieg gerade unter dem neuen Präsidenten Johnson stets größere Ausmaße annimmt, lügt er im Wahlkampf gegen den republikanischen Senator Goldwater 1964 das Blaue vom Himmel herunter: "Gewisse Leute wollen den Konflikt ausweiten; sie fordern von uns, daß wir amerikanische Soldaten hinausschicken, damit sie die Arbeit der Asiaten tun ...

Gewisse Leute erklären, daß wir Nordvietnam bombardieren müßten ... Wir werden weder nach Norden noch nach Süden gehen ... Wir werden keine amerikanischen Soldaten Tausende von Kilometern weit fortschicken, damit sie die Arbeit der asiatischen Soldaten tun."

Alles erstunken und erlogen.

Johnson schickte bald Hunderttausende. Und er wußte dies genau. Hatte er doch bereits zu Beginn seiner Regierung eine Eskalierung geplant, ja, in diesem Sinn schon als Kennedys Vizepräsident gewirkt. Auch wurde bereits die Bombardierung Nordvietnams vorbereitet, schon am 1. Februar 1964 der Operationsplan 34 A erstellt, der heimliche Attacken vorsah: größer im Umfang und militärischer. Zur offensichtlichen Provokation des Gegners ging US-Zerstörer "Maddox" auf ein 34 A-Unternehmen. Und im August 1964 gelang im Golf von Tongking dann auch der intendierte Zwischenfall, der ein verstärktes Vorgehen in Vietnam begründen mußte.

Nach Berichten wurden die "Maddox" sowie ein weiterer Zerstörer, die "C. Turner Joy", am 2. August in internationalen Gewässern von nordvietnamesischen Schnellbooten angegriffen. Dabei verschwieg aber die Regierung dem Kongreß die Provokation. Am 4. melden die Schiffe Gefechte nach Washington, das mit Luftangriffen auf Marinebasen in Nordvietnam antwortet. Am 5. August ersucht Johnson den Kongreß dringend um die Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution über die Ostasien-Lage.

Ohne jede genauere Prüfung, zu der man verpflichtet war, billigten bereits am Vormittag des 6. August der Senatsausschuß und der Ausschuß für die Streitkräfte mit nur einer Gegenstimme den Antrag des Präsidenten, die sogenannte Tongking Gulf Resolution, "alle notwendigen Schritte einschließlich des Einsatzes der bewaffneten Gewalt" gegen die "Aggression" zu unternehmen. Am 7. August stimmten der Senat mit 88 gegen 2 Stimmen und das Repräsentantenhaus mit 416 gegen null Stimmen zu.

Kein Politiker hatte sich auch nur halbwegs gründlich informiert, jeder der Befürworter, so gut wie alle, dem Präsidenten einen Blankoscheck ausgestellt, der den Bürgerkrieg in Vietnam allmählich immer mehr in einen großen internationalen Krieg verwandelt. Man vertraute der Zurückhaltung Johnsons um so mehr, als dieser ja gerade in einer Wahlkampagne dem amerikanischen Volk beteuert hatte, es wäre ein Fehler, verstrickten sich die USA in einen größeren Krieg. Konsequenter kritisierte er seinen Gegenkandidaten Barry M. Goldwater, der eben diesen Krieg vorschlug. Und er selbst führte ihn! (Und gewann am 3. November die Präsidentschaftswahlen mit 43,1 Millionen gegen Goldwater mit 27,1 Millionen Stimmen.)

Nun aber volle Kraft voraus.

Am 8. Februar 1965 befiehlt Johnson den ersten Luftangriff auf Nord-Vietnam, am 13. Febru-

ar die ständige, die systematische Bombardierung, wobei er erklärt: "Was Amerika unternommen hat, wurzelt in dem tiefen, lebendigen Quell der moralischen Pflicht." Denn die ganze Blutrünst wurde von einem unentwegten Schwall widerlicher Phrasen begleitet. Von permanenter Heuchelei. Und stets lief das alles, wie gesagt, rund um den Erdkreis. Und natürlich lief alles auch immer mit Gott. "Gott segne Euch!", rief Johnson gütig, väterlich, besorgt, als er im Februar 1968 Soldaten "auf das Schlachtfeld" schickte ...

War das geheuchelt? Aber nein. So gut, so fromm war er. Hatte er doch schon zu Beginn seiner Vizepräsidentschaft bekannt:

"Wenn wir uns von den Gewaltherrschern dieser Zeit unterscheiden wollen, wir, die wir heute im Dienst der freien Menschen stehen, dürfen wir nie einen Trennstrich ziehen zwischen der Macht, die wir besitzen, und Gott, der tief in unseren Herzen ruht."

Es war der 1. Februar 1961, der Tag, an dem man - Grund zur Ergriffenheit, zum Gottvertrauen genug - die erste Interkontinental-Rakete (ICBM), made in USA, abgefeuert hatte, 4.200 Meilen weit.

Jetzt schrieb man 1965, jetzt hatte man, Gott sei gedankt, schon mehr als 800 Interkontinental-Raketen mit einer Reichweite von 6.300 Meilen und einem knappen halben Stündchen Reisegeschwindigkeit - ein gutes Gefühl, wahrhaftig. Ja, man konnte schon etwas auftrumpfen jetzt, konnte Gott noch mehr vertrauen. Konnte etwa 14.000 Soldaten in die Dominikanische Republik jagen, um eine weitere Regierung des Teufels zu verhindern.

Konnte auch den Teufeln in Vietnam die Zähne zeigen und den Bombenbefehlen vom Februar etwas Marine-Infanterie folgen lassen.

Gleichwohl, die Lage verschlechtert sich laufend.

Nun, was tut man? Man befiehlt im Juli die Erhöhung der Streitkräfte auf 125.000 Mann. Das verschlingt etwas Geld. So nötigt der Präsident die "Volksvertreter" mit falschen Lagebeurteilungen zum Bewilligen immer weiterer Milliarden zwecks Fortsetzung des Kampfes für Freiheit und Frieden. Und für die Menschenrechte. Der Kongreß genehmigt vorerst einmal 2,4 Milliarden Dollar und sieht freundlicherweise für 1966 12 Milliarden Dollar vor. Nützt's nichts, so nützt's doch dem Geschäft. Je mehr Soldaten man schickt, desto teurer wird die Sache. Und Ende des Jahres 1967 kämpfen bereits 486.000 Amerikaner in Vietnam.

Am 8. Januar 1967 kommt es zu einer 19tägigen Großoffensive der Invasoren im Iron Triangle nordwestlich von Saigon; das gesamte Gebiet wird bis zur Unkenntlichkeit verwüstet. Doch ein Jahr später beginnt die großangelegte, sich monatelang hinziehende Tet-Offensive der Nord-Vietnamesen mit schweren Verlusten für die USA. Noch bevor der Angriff ganz beendet ist, erklärt Präsident Johnson, sich nicht mehr um das Präsidentenamt zu bewerben.

Während all dieser Jahre aber, indes eine riesige Industriemacht, hochmonopolisiert, mit einer aufs modernste ausgerüsteten Militärmaschine ein rüstungsmäßig und waffentechnisch ebenso weit unterlegenes wie moralisch überlegenes, beinah lächerlich kleines Volk vergebens auf die Knie zwingen, vergebens unterjochen will, kämpft man auch noch gegen die Bürger im eigenen Land. ...

Hatte Johnson nach fünf Jahren die Nase voll? Es war aussichtslos für ihn. Nicht so aber für einen, der 1953 schon Vizepräsident, doch noch immer nicht ganz zum Zug gekommen war, um seine Fähigkeiten sozusagen uneingeschränkt in den Dienst der Nation stellen zu können.

...<<

>>... **Die Verteidiger der Menschenrechte**

Es war kein anderer als der amerikanische Kardinal Francis Spellman, der seinerzeit als Armeebischof schrie, die Amerikaner verteidigten in Vietnam die Sache Gottes, der Gerechtigkeit und der Zivilisation. Es war kein anderer als dieser Kardinal, der den totalen Krieg, die Ausradierung von Hanoi forderte, der rief "Weniger als Sieg ist undenkbar". Es war dieser so sehr mit der Wallstreet verbundene Kirchenfürst, der das vietnamesische Inferno als "heiligen

Kampf" feierte, als "Kreuzzug", und die Soldateska seines Staates als "Soldaten Christi"; der Brandreden hielt, daß sich sogar, das heißt etwas, Washington betroffen zeigte.

Kein Wunder, ist der Prälat doch wie kaum ein anderer von Anfang an in diesen grauenhaften Krieg verstrickt. Er war es, der den Katholiken Diem schon frühzeitig, nämlich 1954, an den Senator John F. Kennedy "verkaufte", sodaß dieser vor jeder Nachgiebigkeit in Vietnam warnte. Er war es, der mit Dulles unter anderem die durch das Genfer Abkommen vorgesehenen freien Wahlen verhinderte. Und er war es schließlich, der Kennedy, als der dann Präsident geworden, dazu brachte, aktiv mit Soldaten in Vietnam einzugreifen.

Insgesamt standen in Vietnam 2,6 Millionen Amerikaner. Dazu kommen noch 0,7 Millionen US-Soldaten, die den Krieg in Südostasien und dessen Gewässern führten. Entsprechend sind die Verluste. Allerdings nicht so sehr auf amerikanischer Seite, wo man sogenannte Kriegshandlungen spätestens seit dem Ersten Weltkrieg vor allem mit Material erledigt, wo man mit Masse totschießt, mit Technik. Im Grunde mit Geld. Wie ja auch für das Geld.

Die Verluste der Amerikaner in Vietnam werden mit 56.221 Toten und 303.605 Verwundeten angegeben. Außerdem verloren sie 3.705 Flugzeuge und 4.867 Hubschrauber.

Die Südvietnamesen hatten schon mehr Gefallene, etwa 200.000, da man die Verbündeten großzügig vorgehen ließ – im Kampf. Übrigens auch die eigenen Schwarzen. Obwohl sie nur 11 % der männlichen US-Bevölkerung zwischen 18 und 29 Jahren ausmachten, waren in Vietnam mehr als 21 % der US-Gefallenen Schwarze! Auch bei ihren Krawallen in den Staaten starben und sterben ja immer mehr Schwarze.

Ihre oft so großsprecherischen Weißen kämpfen nämlich nicht gern im Krieg; an sich ein gutes Zeichen. Das war im Korea-Konflikt so, der nach dem Militärexperten der "Herald Tribune" mit ganzen "Regimentern" begann, "die flohen, bevor der Kontakt mit dem Feind aufgenommen war". Und das kannte man auch schon aus dem Zweiten Weltkrieg, wie jeder weiß, der das Pech hatte, dabei sein zu müssen. Ein ... GI machte von seiner Waffe nicht gern Gebrauch.

Ein aktiver US-Oberst, der nachmalige General L. S. A. Marshall, hat sich damit im Zweiten Weltkrieg befaßt und beweist mit seitenlangen Fakten: "Das beste Resultat, das nur ganz hervorragende und besonders angriffsfreudige Kompanien erreichten, war, das 'ein' Mann von vieren kämpfte. Die Dinge lagen so, daß während eines Kampfes von hundert Mann an der Front durchschnittlich nur 15 von ihrer Waffe Gebrauch machten ..."

Auf nordvietnamesischer Seite sah es etwa anders aus. Da wußte man, warum man Krieg führte und wofür, und wurde eben vom Material der anderen erschlagen, nicht von ihrem Mut. (Die Gesamtkosten der US-Aggressionen werden auf 135 bis 140 Milliarden Dollar geschätzt). So gab es da mehr als 2 Millionen Tote und 2 bis 3 Millionen Verwundete. Und viele Millionen Flüchtlinge. ...<<

10.09.1964

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 10. September 1964: >>**Eine Million Gastarbeiter**

... Zimmermann Armando Rodrigues ... aus Portugal wird als einmillionster Gastarbeiter begrüßt. Geschenk: ein zweisitziges Moped. Ein Vertreter der Arbeitgeberverbände sagt: "Ohne die Mitarbeit der Ausländer, wäre unsere wirtschaftliche Entwicklung nicht denkbar."

Hauptgruppen der Gastarbeiter in der Bundesrepublik: 29,5 % Italiener, 15,9 % Griechen, 15,5 % Spanier, 9,1 % Türken.<<

September 1964

USA: Im September 1964 wird der sog. "Warren-Bericht" über das Attentat auf US-Präsident Kennedy veröffentlicht. Dieser umstrittene Bericht der Obersten US-Bundesrichter, der eine Verschwörung ausschließt, wird bis zum heutigen Tag angezweifelt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den "Warren-Report" (x068/325-327): >> Kennedy - und vielleicht spricht nichts so für

ihn - hatte viele Feinde, mächtige Feinde, und Feinde auf der ganzen Welt, die erbittertesten aber wohl in den Vereinigten Staaten.

Wer hat ihn umgebracht?

Die Mutmaßungen darüber, die Spekulationen, Theorien, die Bücher reißen nicht ab; bereits in den sechziger Jahren waren es allein in den USA schon mehr als fünfzig.

Man hat behauptet, die CIA habe ihn gekillt, da er sich mit Fidel Castro versöhnen wollte. Doch man behauptet auch, Castro ließ Kennedy ermorden, weil Kennedy Castro ermorden lassen wollte, gleich nachdem das Abenteuer in der Schweinebucht gescheitert war. Andere führen die Meucheltat auf den Teamster-Gewerkschafts-Boss Jimmy Hoffa zurück, wieder andere auf das FBI, auf die Mafia, die Exilkubaner, die texanischen Ölbarone, auf die Polizei von Dallas, das militärische Establishment, auch auf ein Komplott mehrerer Staatsinstitutionen, der Rechtsradikalismus wird genannt, der sowjetische Geheimdienst, Rassenfanatiker werden beschuldigt, Kommunisten.

Ja, wäre nicht sogar Präsident Johnson, der Nachfolger, motiviert gewesen, wie es die Satire MacBird in Erinnerung an den schottischen König Macbeth suggeriert, der seinen Vorgänger Duncan I. beseitigt hat?

Lyndon B. Johnson, zwei Stunden nach dem Attentat im Präsidentenflugzeug als neuer Präsident vereidigt, setzte eine Woche später eine Sonderkommission unter dem 73jährigen Obersten Bundesrichter Earl Warren zur Klärung der Hintergründe von Kennedys Ermordung ein.

Der Warren-Report - 900 Seiten in der Originalausgabe nebst 26 Anhang-Bänden - wurde unter zeitlichem (wohl auch sonstigem) Druck erstellt und ist bekanntlich alles andere als lückenlos oder gar stichhaltig, auch wenn ihn die Weltpresse weithin und uneingeschränkt und natürlich auch meist ungeprüft akzeptiert hat.

Dabei war doch schon seltsam, daß Earl Warren (Oberster Bundesrichter) in einer Pressekonferenz noch während der Arbeit seiner Kommission erklärte: "Das Beweismaterial wird vermutlich zu Ihren Lebzeiten nicht veröffentlicht werden und ich meine das ernst. ... Es ist eine Sache der nationalen Sicherheit".

Erinnert dies nicht etwas an den Fall Lincoln, an den so manches doch im Fall Kennedy erinnert? Ließ man nicht damals schon Papiere verschwinden im sogenannten nationalen Interesse?

Die siebenköpfige Warren-Kommission war auch keinesfalls unparteiisch. Nicht nur mit dem Republikaner Gerald R. Ford, dem späteren Präsidenten, sondern auch mit dem Rockefeller-Vertrauten und Weltbankchef McCloy, ja, mit einer so sinistren (unheilvollen) Figur wie dem einstigen CIA-Direktor Allen W. Dulles, den Kennedy von Anfang an hatte feuern wollen, ohne es freilich zu wagen. Schon an dieser Besetzung mag es liegen, daß Bertrand Russell den Bericht, noch ohne ihn zu kennen, als "erbärmlich untauglich", als "schandbares Machwerk" disqualifiziert hat.

Der Warren-Report kommt zu dem Ergebnis, daß Oswald der alleinige Mörder war und von keinerlei Konspiration zwischen ihm und anderen Personen oder Mächtigkeitsgruppen zur Beseitigung des Präsidenten gesprochen werden könne; was jedoch viel weniger bewiesen als behauptet wird.

Es kommt hinzu, daß die Kommission sehr häufig von Berichten der Dallas-Polizei, der CIA und des FBI abhing, die sämtlich selbst in den Mordfall verstrickt waren, auch in Oswalds Ermordung, die weder das eine noch das andere verhindert, aber alles darauf abgestellt haben, Oswald zum Sündenbock zu machen, obwohl man bis heute nicht einmal ein auch nur halbwegs überzeugendes Motiv für ihn vorweisen kann.

Die zuständigen Behörden führten 27.000 Vernehmungen durch, doch der ganze Fall steckt voller Ungeklärtheiten, Mystifikationen, Verdunkelungen. Schon der angebliche oder wirkliche Mörder Lee Harvey Oswald ist eine Figur wie aus einem Superthriller: ein einstiger ame-

rikanischer Marinesoldat mit deutschem Namen, der in die Sowjetunion zieht, in Minsk die Tochter eines KGB-Obersten heiratet, nach zweieinhalb Jahren zurückkehrt, hier eine "Starthilfe des State Department" bekommt, überhaupt laufend aus den USA (mit kleinen Beträgen) finanziert wird, auch als Arbeitsloser dauernd Geld hat, auch ständige Kontakte hat mit dem FBI, auch kurz vor dem Attentat in Dallas FBI-Agenten trifft und wahrscheinlich selbst ein FBI-Agent war.

Daß der angebliche oder wirkliche Mörder, offenbar nur, um ihn für immer verstummen zu lassen, bald darauf selbst ermordet wird, ist nicht im geringsten merkwürdig. Sehr merkwürdig aber, daß ihn die deshalb gewarnte, und zwar gleich dreimal gewarnte Polizei von Dallas nicht besonders geschützt hat. Daß Oswald in einem 30 Stunden langen Verhör trotz Folterungen bis zuletzt beteuert, nicht auf den Präsidenten geschossen zu haben, ist vielleicht nicht so merkwürdig. Aber ist es nicht wirklich merkwürdig, dass keinerlei Aufzeichnungen über das Verhör bestehen?

Natürlich ließ sich die Warren-Kommission Bericht erstatten. Doch ihr 900 Seiten umfassender Report enthält darüber nur sieben magere Seiten, obwohl die langen, pausenlosen Vernehmungen im Beisein nicht weniger Kriminalisten aus Dallas, Leuten des Sicherheitsdienstes, Ermittlungsbeamten des FBI wohl mehr hätten ergeben müssen. ...<<

14.10.1964

UdSSR: Ministerpräsident Chruschtschow wird am 14. Oktober 1964 gestürzt und muß zurücktreten.

Leonid Breschnew (1906-1982, seit 1964 Staats- und Parteichef) und Alexej Kossygin (1904-1980, seit 1964 Ministerpräsident) übernehmen danach die Führung der sowjetischen Regierung.

26.10.1964

BRD: Das BdV-Präsidium berichtet am 26. Oktober 1964 während einer Klausurtagung (x155/109-110): >>... Im Jahre 1965 werden zwei Jahrzehnte seit der Tragödie Ostdeutschlands verflossen sein, die auch die Sudetendeutschen, Donauschwaben und die übrigen ostdeutschen Volksgruppen in den Strudel wahlloser Vergeltung hineinriß.

Die traurigen Jubiläen der bedingungslosen Kapitulation des Dritten Reiches und des Potsdamer Abkommens werden auch die Entscheidungen in Erinnerung rufen, die mit einigen Federstrichen 15 Millionen Deutsche für vogelfrei erklärten, ihnen das Heimatrecht nahmen und mehr als zwei Millionen Vertreibungstote verursachten. ...

1. Die Rückbesinnung auf die Vertreibungstragödie sollte auch die anderen Völker, deren Regierungen an diesen Maßnahmen mittelbar oder unmittelbar beteiligt waren, zur Selbstbesinnung einladen.

2. Wir meinen, daß die deutsche Außenpolitik den Mut aufbringen muß, auch von den deutschen Opfern des Nationalsozialismus zu sprechen und die unmenschlichen Handlungen der Siegermächte von 1945 (Bombardierung von Dresden, Massenvertreibungen und Massenverschleppungen, Auslieferungen von Kriegsgefangenen an die Sowjets und Jugoslawien) zur Diskussion zu stellen, wenn deutsche Selbstkritik von anderen Völkern nicht als Waffe der Selbstgerechtigkeit mißbraucht werden soll.

3. Wir meinen, daß nicht zugelassen werden darf, daß jene tendenziöse deutsche Geschichtsschreibung die Oberhand gewinnt, welche die tragischen Verstrickungen der europäischen Völkerschicksale und damit die objektiven Ursachen der Kriege und Revolutionen der Gegenwart unterschlägt und eine deutsche Alleinschuld konstruiert.

4. Wir meinen, daß deutsche Schüler und Hochschul学生 wieder in einem gesunden deutschen Nationalgefühl erzogen werden sollten, wie es in den Ideen des Jahres 1848 überliefert, in der Verständigungspolitik der Weimarer Republik wirksam gefordert und von den Opfern des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus und Stalinismus vorgelebt worden ist.

5. Wir meinen, daß diese Erziehungsaufgabe auch die Verpflichtung umfaßt, den fundamentalen Unterschied zwischen unserer aus freien Wahlen geborenen parlamentarischen Demokratie und der sowjetischen Fremdherrschaft in Mitteldeutschland dem Bewußtsein der deutschen Jugend einzuprägen.

Den Versuchen, den Tatbestand der Dreiteilung Deutschlands durch die Bezeichnung Mitteldeutschlands als "Ostdeutschland" zu verschleiern, muß auf allen Ebenen entgegengetreten werden. Ostdeutschland – das ist das deutsche Reichsgebiet jenseits von Oder-Neiße.

6. Wir meinen, daß tendenziöse und deshalb wahrheitswidrige Darstellungen westdeutscher Massenmedien über die unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebiete und die sonstigen Vertreibungsgebiete als subversive (zerstörende) Propaganda zu brandmarken sind. ...

8. Wir meinen, daß die Wahrung des Rechts auf die Heimat und des Rechts auf Selbstbestimmung, die für alle Völker und Volksgruppen, für die Ostdeutschen ebenso wie für die Sudetendeutschen gelten, unverzichtbare Voraussetzungen bei allen Schritten und Verhandlungen der deutschen Politik sein muß. ...<<

27.11.1964

BRD: Willy Brandt erklärt in seiner Rede auf dem Karlsruher SPD-Parteitag vom 23. bis 27. November 1964 (x155/142): >>... Die Heimatvertriebenen können sich weiterhin darauf verlassen, daß wir zum Unterschied von anderen keine Politik hinter ihrem Rücken machen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 11.06.2016) über Willy Brandt:

>>USA unterstützten Brandt mit Geld

Willy Brandt, späterer deutscher Kanzler und SPD-Chef, ist in den Fünfziger Jahren von der US-Besatzungsmacht mit geheimen Zahlungen im SPD-internen Machtkampf unterstützt worden.

Dem "Spiegel" zufolge hätten die Amerikaner dem damaligen West-Berliner Bundestagsabgeordneten 1950 die große Summe von 200.000 Mark zukommen lassen. Die Amerikaner hätten Brandt gefördert, weil er zu jenen Berliner Sozialdemokraten gehörte, die eine Westintegration der Bundesrepublik befürworteten.<<

1964

DDR: Professor Dr. Robert Hans Günther Havemann 1910-1982, im März 1964 von seinem Lehrstuhl an der Ost-Berliner Humboldt-Universität durch SED-Beschluß entfernt und aus der Sozialistischen Einheitspartei ausgeschlossen) erklärt im Jahre 1964 während eines Interviews mit dem US-Journalisten Werner G. Knop (x058/413): >>"Dialektik ohne Dogma" heißt mein Buch. Ich bin der gleichen Meinung wie Sartre, daß der Marxismus die beherrschende Philosophie unserer Zeit ist, daß aber im Laufe der Entwicklung der letzten zwanzig, dreißig Jahre unter dem Einfluß des Stalinismus eine Art von Sklerose des Marxismus eingetreten ist.

Der Stalinismus hat sich in verheerender Weise auf die Gebiete der Philosophie und des theoretischen Marxismus ausgewirkt. Diese lange Zeit der Sterilität und der dogmatischen Erstarrung hat schwere Folgen gezeitigt. Sie sind nicht von heute auf morgen zu überwinden. Was ich dazu getan und gesagt habe, das ist nur ein kleiner Beitrag zu einer Entwicklung ...

Für die Dogmatiker auf dem Gebiete der marxistischen Theorie und Philosophie sind wir Revisionisten. Wir wollen dem Marxismus neue Ideen einverleiben, wir wollen uns mit den Ideen des Westens konfrontieren, wir wollen etwas, was den Dogmatikern als ganz besonders verwerflich erscheint, wir wollen die ideologische Koexistenz.

Ideologische Koexistenz soll allerdings nicht heißen, wie die Dogmatiker meinen, einen Wirrwarr von Ideen als gleichberechtigt nebeneinander anzuerkennen. Ideologische Koexistenz bedeutet vielmehr das Messen der geistigen Kräfte, die Auseinandersetzung mit dem, was andere denken. Ideologische Koexistenz setzt die Freiheit voraus, von der Rosa Luxemburg gesagt hat, sie ist die Freiheit der Andersdenkenden.

Ideologische Koexistenz im positiven Sinne bedeutet, aus allen geistigen Kräften der Zeit für

die eigene Sache Gewinn zu holen, die eigenen Ideen mit den Ideen anderer zu bereichern. Der Marxismus wird seine geistige Überlegenheit nur dadurch beweisen, daß er einen starken Magen hat zum Verdauen von Ansichten, Ideen und Erkenntnissen aus allen Himmelsrichtungen und sich nicht nur beim heimischen Eintopf wohlfühlt.

Nur wer es versteht, die geistigen Potenzen unserer Zeit sich selbst zu assimilieren, ist überlegen. Wer sich aber vor anderen Ideen und geistigen Strömungen verschließt, sie auf den Index setzt und, wo er kann, einfach unterdrückt, der beweist im Grunde nur seine Schwäche. ...<<

BRD: In den Geschichtsbüchern, die für den Gebrauch in Schulen der Bundesrepublik Deutschland genehmigt werden, reduziert man die Berichte über die Flucht und Vertreibung der Deutschen in Ost-Mitteleuropa von Jahr zu Jahr, da sie angeblich nicht mehr dem aktuellen Zeitgeist entsprechen.

Im Jahre 1964 berichtet man z.B. wie folgt über die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x059/106-108): >>... Schon im Herbst 1944 flohen viele Deutsche aus Ostpreußen und Schlesien nach Westen. Ihnen folgte seit dem Mai 1945 der Strom der Vertriebenen, denen ein folgenschwerer Beschluß der Sieger die Heimat geraubt hatte.

Im Potsdamer Abkommen steht zu lesen: "Die Aussiedlung soll in geordneter und menschlicher Weise geschehen. ...

Innerhalb eines Jahres wurden 12 Millionen Menschen über die Oder-Neiße-Linie getrieben. Es war die größte Völkerwanderung der Geschichte. Hinter sich zurück ließen die Vertriebenen ihre Heimat. Sollte sie verloren sein, auf immer verloren?

Massentransport auf Massentransport rollten aus dem Osten heran: Schlesier, Ostpreußen, Pommern, Sudetendeutsche, Deutsche aus Ungarn, Polen, Rumänien und Jugoslawien.

In aller Eile wurden Barackenlager errichtet, denn es gab in den zerbombten Städten kein Obdach für die Vertriebenen. ... Es fehlte an Betten, es fehlte an Kleidung, es gab weder Hausrat noch Medikamente.<<

USA: US-Präsident Lyndon B. Johnson (1908-1973, von 1963-1969 Präsident der USA) erklärt im Jahre 1964 die Ziele des Bürgerrechtsgesetzes – Aufhebung der Rassentrennung - (x073/292): >>... Das Ziel dieses Gesetzes ist klar und einfach. Die Freiheit keines Amerikaners wird eingeschränkt, solange er die Rechte anderer respektiert. Keiner unserer Mitbürger erfährt durch dieses Gesetz eine besondere Behandlung. Es bestimmt, daß jene, die vor Gott gleich sind, nun auch an der Wahlurne, in den Klassenzimmern und in den Fabriken sowie in Hotels, Restaurants, Lichtspieltheatern und anderen Plätzen, die der Öffentlichkeit dienen, gleich sind.<<

Der Baptistenpfarrer und Bürgerrechtler Martin Luther King schreibt im Jahre 1964 in seinem Buch "Warum wir nicht warten können" (x058/199-200): >>... Der Neger kämpft heute nicht um irgendwelche abstrakten, unbestimmten Rechte, sondern um eine konkrete und sofortige Verbesserung seiner Lebensbedingungen.

Was nutzt es ihm, daß er seine Kinder in eine integrierte Gemeinschaftsschule schicken kann, wenn das Einkommen der Familie so gering ist, daß es nicht für den Kauf von Schulkleidern ausreicht?

Was gewinnt er durch die Erlaubnis, in jedes beliebige Wohnviertel ziehen zu dürfen, wenn er sich das nicht leisten kann, weil er arbeitslos ist oder eine schlechtbezahlte Stelle ohne Zukunft hat? ...

Welche Vorteile bringt es dem Neger, wenn er durchsetzt, daß er in Hotels und Restaurants ohne Ansehen seiner Hautfarbe bedient wird, wenn er zu einer finanziellen Knechtschaft gezwungen ist, die es ihm nicht erlaubt, Urlaub zu nehmen oder auch nur seine Frau zum Abendessen auszuführen?

Die Neger sollen nicht nur das Recht haben, von jeder Einrichtung Gebrauch zu machen, die dem Publikum zugänglich ist, sondern sie sind auch auf solche Weise in unser Wirtschaftssy-

stem einzugliedern, daß sie es sich leisten können, dieses Recht praktisch auszuüben. Der Kampf um diese Rechte ist im Grunde ein Kampf um gleiche Voraussetzungen. ...

Es muß also mit den gleichen Chancen auch die praktische, wirklichkeitsnahe Hilfe kommen, die es ihm ermöglicht, diese Chancen wahrzunehmen. Denn es ist ein grausamer Scherz, einem Menschen, der nicht gehen gelernt hat, ein Paar Schuhe zu schenken. ...<<

Der afroamerikanische Bürgerrechtler Robert F. Williams (1925-1996, hält Martin Luther Kings gemäßigte Politik für falsch und wirbt deshalb für die "Gegengewalt") fordert 1964 im Peking Exil zur bewaffneten Revolution der Afro-Amerikaner auf (x299/185-186): >>... Die alte Methode des Guerillakriegs, der von den Bergen und dem flachen Land aus vorgetragen wurde, bliebe in einem Land wie den Vereinigten Staaten wirkungslos. ...

Die neue Strategie: ... Während tags nur einige Heckenschützen tätig werden, bringt die Nacht den vollen Kriegszustand, organisierten Kampf und unbegrenzten Terror.

Ein derartiger Krieg kann dem herrschenden Gesellschaftssystem in den Vereinigten Staaten in weniger als 90 Tagen ein Ende setzen. ... Eine präzise geplante Großstadtguerilla (ist) die einzige Chance für das Überleben und die Befreiung der Schwarzen in den Vereinigten Staaten.<<

Mel Thom (1938 geboren, ein Gründer der National Indian Youth Council) berichtet im Jahre 1964 über das gespannte Verhältnis zwischen den nordamerikanischen Ureinwohnern und den "weißen Einwanderern" (x056/127): >>Wir sind das einzige Volk, daß der amerikanische Schmelztiegel nicht verschmelzen kann.

Wir sind die einzigen in der amerikanischen Nation, die nicht als Flüchtlinge hierher gekommen sind ... und wenn wir auch wieder und wieder geschlagen wurden, auf Dauer kann man uns nicht besiegen.

Amerika ist eine wurzellose Nation von Einwanderern; ... wir sind die ursprünglichen Amerikaner ...<<

1965

Die Zukunft beunruhigt uns - die Vergangenheit hält uns fest. Deshalb entgeht uns die Gegenwart.

Gustave Flaubert (1821-1880, französischer Schriftsteller)

27.01.1965

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (5/1965) schreibt am 27. Januar 1965 über den Bericht "Eichmann-Prozeß in Jerusalem" von Hannah Arendt (1906-1975): >>**Eichmann in Jerusalem**

... Hannah Arendt, vor der Nazi-Herrschaft in Deutschland promoviert, wurde von einer amerikanischen Zeitschrift nach Jerusalem geschickt. Ihr kommentierender Bericht über den Eichmann-Prozeß kam nahezu zwei Jahre nach seinem Erscheinen im "New Yorker" in deutscher Übersetzung heraus.

In einem Fernsehinterview hat Frau Arendt über 1933 gesagt: "Das persönliche Problem war doch nicht etwa, was unsere Feinde taten, sondern was unsere Freunde taten ... das war, als ob sich ein leerer Raum um einen bildete ... Und ich konnte feststellen, daß unter den Intellektuellen die Gleichschaltung sozusagen die Regel war. Aber unter den anderen nicht." Und: "Ich war natürlich nicht der Meinung, daß deutsche Juden und deutschjüdische Intellektuelle, wenn sie in einer anderen Situation gewesen wären, ... sich wesentlich anders verhalten hätten".

Das klingt sehr kalt, aber man muß im Versuch, zu verstehen, was in einem Menschen vorgeht, nicht sehr tief dringen, um auf den Schmerz zu treffen über die Schwäche, die Hinfälligkeit der liebenswerten Seiten, wenn ein kalter Wind von den öffentlichen Plätzen zu wehen beginnt.

Zuweilen steigert sich Hannah Arendts Affektkontrolle zur hochmütigen Geste. Nicht wenige

der Kritiker des Eichmannbuches halten offenbar die Autorin für eine eitle, originalitätssüchtige Person, was ihnen angesichts des Gegenstandes, den sie behandelt, quälend peinlich erscheint.

Liest man die 25 Kritiken des Buches, die in dem Band "Die Kontroverse - Hannah Arendt, Eichmann und die Juden" gesammelt sind, so zeigt die Mehrheit diese irritierte Haltung. Das Buch hat also sein Schicksal gehabt. Es bleibt einem keine Wahl: Man ist zur Parteinahme gezwungen. Ich erkläre mich dafür.

Trotzdem scheint mir die Erregung der jüdischen Kritiker verständlich genug; sie brauchen sich nicht zu schämen, daß sie nach dem Mord an Millionen wehrlosen Menschen ihres Volkes nicht zur Tagesordnung übergehen wollen. Aber wie lange kann der Historiker mit seiner Bestandsaufnahme warten? Wenn wir die schwache Hoffnung einräumen, daß wir aus der Geschichte - hinsichtlich unserer Triebnatur - etwas lernen könnten, muß diese Hoffnung sich an die unentrinnbare Frage nach den Gründen knüpfen.

Das ist kein gefälliges Amt, und Frau Arendt ist vermutlich nicht das, was man eine verbindliche Natur nennt. Das Unheil aber, je uferloser es war, gibt zu wenig von den Antriebskräften, den Widerständen, den lokalen Bedingungen preis, in denen es sich vollzog. Und wer sagt uns, daß es nicht nur ruht, wie die großen Seuchen ruhten bis zum nächsten Ausbruch? Es schreibt sich leicht, daß unter den Intellektuellen die Gleichschaltung die Regel war. Wissen wir eigentlich, was da vor sich geht?

Das Entsetzen über die Befähigung des Menschen, seinesgleichen zu Millionen umzubringen, macht uns fassungslos. Daß andere Millionen unbeschwert den Schlaf fanden, als man ihre jüdischen Mitbürger auf den Lastwagen abholte, ist das eigentlich zu verstehen? Warum sind wir nicht zu Tausenden ins Gefängnis gegangen, um die Deportationen zu verhindern? Kein Gefühl allein kann uns die Fragen beantworten. Nur die beharrliche kritische Selbstbetrachtung. Ich mißtraue einer Geschichtsschreibung, die sich solche Fragen nicht stellt, und die warten wollte, bis die letzten lebenden Zeugen ihren Schmerz und ihr Wissen ins Grab genommen haben. Wartet sie, dann kann sie die Fragen zwar stellen, aber kaum noch beantworten.

Hannah Arendts Berichterstattung ist mit provozierender Absicht unpathetisch; sie nimmt sich die Freiheit, sich auch in einen Angeklagten einzufühlen, den die Staatsanwälte zum Monstrum aufzubauschen sich bemühten, während doch das Monströse im "Apparat" zu suchen war, der Menschen frißt, als handle es sich dabei um Transportprobleme; der, immun für Witz und Aberwitz, jeden Privatwahn Hitlers, Himmlers, Heydrichs in die Tat umzusetzen gestattete.

Die Einfühlung, welche die Autorin übt, fördert, besser als jedes Pathos, die "Tatsachenwahrheit" zutage. Eichmann war kein Haupttäter, aber er war trotzdem beispielhaft: "Er hat sich niemals vorgestellt, was er eigentlich anstellte."

Diese "schiere Gedankenlosigkeit" und absolute Unfähigkeit, die Dinge einmal von der Seite des anderen zu sehen, hat er während des Prozesses immer wieder gezeigt: eine unheimliche Unfähigkeit zu jeder Form der Dialektik, zum Erfassen von Alternativen und damit zum Erfassen dessen, was Freiheit meint.

Je weiter man den Bericht liest, desto mehr wird dieser Verlust der Fähigkeit, Mitgefühl mit den zu Planziffern gewordenen Juden haben zu können, ein Problem ersten Ranges, für die Menschenkunde. Die Opfer werden gleichzeitig entmenschlicht und entwirklicht.

Nicht irgendwelche sadistischen Urmotive, sondern diese vorstellungslose Achtlosigkeit ließ Eichmann zu einem Verwaltungsmassenmörder werden. Auf jener berüchtigten "Wannseekonferenz" im Jahre 1942, als die "Endlösung" vorangetrieben wurde, begegnet man ihr wieder:

Die Generäle zeigten eine "überraschend gute Haltung", das heißt, sie liehen oft den Einsatz-

kommandos der SS ihre eigenen Soldaten, damit sie bei den Massakern assistierten. Und wie war es mit der deutschen Industrie, die sich in der Nähe von Auschwitz ansiedelte? "Die Arbeitsbedingungen waren so schlecht, daß die Absicht, durch Arbeit zu töten, klar zu erkennen war." Der Kommandant Höß des Konzentrationslagers berichtete von den "besten gesellschaftlichen Beziehungen zu den Vertretern der IG-Farbenwerke".

Wir haben eigentlich wenig Grund, an Eichmanns Selbstverteidigung Kritik zu üben, wenn er sagte, nichts habe "so wirksam zur Beruhigung seines Gewissens beigetragen wie die schlichte Tatsache, daß er weit und breit absolut niemanden entdecken konnte, der wirklich gegen die 'Endlösung' gewesen wäre".

Wie soll man nach solchem Absterben der Mitleidensfähigkeit und nach der administrativen Austilgung durch die Ideologie entmenslichter Mitmenschen sein lebensnotwendiges Selbstgefühl wiederherstellen? Wir haben es vornehmlich auf zwei Wegen geschafft: durch Ungeschehenmachen - die Trümmer sind durch Neubauten ersetzt, die zumeist überhaupt nicht mehr verraten, was zuvor am gleichen Ort stand; und durch Verleugnung. Das heißt, die peinlichen Erinnerungen werden aus dem Gedächtnis abgeschaltet. Mit anderen Worten: Bewältigung der Vergangenheit könnte nur durch eine Veränderung des Selbstgefühls geschehen.

Da die Autorin sich jede idealisierende Ausschweifung verbietet, kommt an Eichmann das Banal-Durchschnittliche, und kommt an den Verfolgten heraus, daß auch sie Menschen waren, entsetzlich geängstigte und verlassene Menschen, und daß man Menschen erniedrigen kann. Nicht als ob das Aufzeigen der Seiten, welche die idealisierenden oder verteufelnden Klischees nicht sehen wollen, die, Front von Recht und Unrecht verwischen könnte; es gehört zur Anstrengung des Verstehens der Tatsachen. Es ist ein Stück der Naturtreue.

Im Rückblick auf das Inferno, das die europäischen Juden durchgemacht haben, bedarf es der größten Selbstdisziplin der Autorin, um die Rolle der jüdischen Führer bei der Zerstörung ihres eigenen Volkes zu sehen, anzuerkennen und als "Tatsachenwahrheit" hinzunehmen. Unter anderem schneiden in Arendts Buch einige bedeutsame Männer, die ins Klischee uneingeschränkter, quasi schattenloser Humanität geraten sind, schlechter ab, als ihr "Image" es zuläßt. Mir scheint, sie verlieren nichts dabei; sie rücken uns wieder näher, werden wahrscheinlicher.

Hannah Arendt vertritt die These, die Verluste der Juden, hätten sie sich nicht den Anordnungen der von den Nazis eingesetzten Judenräte gefügt, wären möglicherweise bei weitem nicht so hoch gewesen. Denn die Judenräte dienten den Nazis dazu, die verwaltungstechnischen Aufgaben der "Endlösung" zu vollbringen.

Macht man sich von dem verborgen weiterwirkenden Diktat des Rassendenkens frei, so ist es klar, daß die Juden natürlich in erster Linie von preußisch-deutschen und habsburgischen Herrschaftsverhältnissen und nur zu einem geringen Teil von ihrem religiösen Kult bestimmte Menschen waren. Wieso sollten eigentlich die deutschen Juden weniger obrigkeitstreu gewesen sein als die übrigen Deutschen? Wieso sollten sie nach langer Emanzipationsphase und Assimilation auf das Hereinbrechen einer Katastrophe (die unter anderem im Seelischen zur "schieren Gedankenlosigkeit" führte) besser gerüstet gewesen sein, als es zum Beispiel die deutschen Parteien oder die christlichen Kirchen und ihre Führer waren?

Wir müssen diese Wirklichkeit in immer neuen Anstrengungen durchdenken, um zu verstehen, zum Beispiel, daß der moderne Verwaltungsstaat die Mittel hat, jede Gruppe der Bevölkerung bis zur äußersten Perversion ihrer eigenen Interessen zu erniedrigen und sich selbst zu entfremden.

Durch die pathetisch fehlgelenkte Anklage des Staatsanwalts Hausner ging vieles, was hätte behandelt werden sollen, unter. Der Jerusalemer Prozeß habe, so meint Frau Arendt, der Welt nicht im wahren Ausmaß "die Totalität des moralischen Zusammenbruches, ... den die Nazis

in allen, vor allem auch den höheren Schichten der Gesellschaft ganz Europas verursacht haben - nicht allein in Deutschland -", vor Augen geführt.

Angesichts der lückenlosen Vernichtungsmaschinerie nimmt sich Herrn Hausners Frage an die Zeugen: "Warum habt ihr nicht rebelliert?" wie eine sinnlose und grausame Frage aus. Es liegt nahe zu denken, daß sie der Vernebelung einer anderen, angemesseneren dienen mußte, die, wie Hannah Arendt feststellt, an die jüdischen Führer nicht gestellt wurde: "Warum habt ihr die Mitarbeit an der Zerstörung eures eigenen Volkes und letztlich an eurem eigenen Untergang nicht verweigert?" Und diese Frage ist sehr viel schwerer zu beantworten als die, warum kein jüdischer Volksaufstand, der sich in unserem Lande jedenfalls auf keine Verbündeten hätte stützen können, stattgefunden hat.

Der Prozeß hat dazu noch, meint Hannah Arendt, sorgfältig vermieden, "die nahezu allseitige Verstrickung des deutschen gegenwärtigen öffentlichen Lebens, weit über die Parteimitgliedschaft hinaus, in Geschäfte und Handlungen, die mehr oder weniger direkt mit der Judenausrottung zu tun hatten, auch nur zu berühren".

Und es muß uns immerhin zu denken geben, daß selbst unter den deutschen Widerstandskämpfern seltsame Vorstellungen herrschten. So wollte etwa Goerdeler "die deutschen Juden für ihre Verluste und Mißhandlungen entschädigen", er schlug aber - und dies im Jahre 1942 - eine "Dauerlösung" vor, die sie aus der "unwürdigen Stellung eines mehr oder weniger unerwünschten 'Gastvolkes' in den Ländern Europas erlösen" sollte. Er dachte an einen selbständigen Judenstaat in Kanada oder in Südamerika. Eichmanns Lieblingsidee war ein solcher Staat auf Madagaskar.

"Eichmann in Jerusalem" ist ein überaus unbequemes Buch. Für einen jüngeren Leser, der die Geschichte besser verstehen möchte, in welche die Väter verstrickt waren, scheint es mir ein vorerst unersetzliches Übungsbuch zu sein, ein Leitfaden, wie man es vermeidet, sich zwischen geschichtlichen Suggestionen zu verirren, durch die man Beruhigung, aber wenig Belehrung erfährt.

Hannah Arendt ist in einem von Emotionen besetzten Bereich um die Rekonstruktion der Zusammenhänge bemüht, um der Einsicht willen, die - vielleicht - vernünftigeres Handeln erlauben wird. Sie berichtet nicht nur, was von jener Wirklichkeit zutage kam, in der Eichmann operierte, sondern ebenso von der anderen Wirklichkeit, in welcher der Prozeß stattfand.

Wer nachlesen will, welche Irrtümer der Autorin vorgehalten werden, der lese "Die Kontroverse". Diese Lektüre wird ihm dann zugleich beweisen, wie außerordentlich schwer es ist, der Geschichte Erkenntnis abzugewinnen. Hannah Arendt scheint mir hier ihren Kritikern gegenüber entschieden im Vorsprung, trotz ihrer gelegentlichen kerndeutschen Neigung, niemanden beim Erteilen von Zensuren auszulassen.<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über Hannah Arendt (x169/18-22): >>... Zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und den späten sechziger Jahren rührten nur eine Handvoll Bücher und Filme an das Thema. In den USA wurde nur ein Hochschulseminar zu diesem Gegenstand angeboten. Als Hannah Arendt 1963 *Eichmann in Jerusalem* veröffentlichte, konnte sie sich nur auf zwei wissenschaftliche Untersuchungen in englischer Sprache beziehen - Gerald Reitlingers *Die Endlösung* und Raul Hilbergs *Die Vernichtung der europäischen Juden*. Hilbergs Meisterwerk schaffte es nur knapp, das Licht der Welt zu erblicken.

Sein Doktorvater an der Columbia University, der deutsch-jüdische Sozialtheoretiker Franz Neumann, riet ihm dringend ab, über das Thema zu schreiben ("Das wird Ihre Beerdigung"), und kein Herausgeber eines Universitäts- oder eines Publikumsverlags wollte mit dem vollendeten Manuskript zu tun haben. Als *Die Vernichtung der europäischen Juden* schließlich veröffentlicht wurde, erhielt es nur wenige, zumeist kritische Besprechungen.

Nicht nur die Amerikaner im allgemeinen, sondern auch die jüdischen Intellektuellen schenk-

ten der "Massenvernichtung" der Juden durch die Nazis wenig Beachtung. In einer maßgeblichen Untersuchung von 1957 berichtete der Soziologe Nathan Glazer, daß die Endlösung der Nazis (wie auch der Staat Israel) "bemerkenswert geringe Auswirkungen auf das Seelenleben der amerikanischen Juden hatte".

Bei einem Symposium zum Thema "Judentum und die jüngeren Intellektuellen", das die Zeitschrift *Commentary* 1961 veranstaltete, betonten nur zwei von einunddreißig Rednern ihre Bedeutung. In einer Gesprächsrunde zum Thema "Mein jüdisches Selbstverständnis", zu der die Zeitschrift *Judaism* im Jahr 1961 einundzwanzig gläubige Juden eingeladen hatte, wurde das Thema ebenfalls fast vollständig außer Acht gelassen.

In den Vereinigten Staaten gab es keine Denkmäler oder Gedenkfeiern, um angesichts der Massenvernichtung der Juden durch die Nazis ein Zeichen zu setzen. Im Gegenteil, wichtige jüdische Organisationen widersetzten sich einem solchen Gedenken. Es fragt sich nur, warum?

Der gängigen Erklärung zufolge waren die Juden wegen der Massenvernichtung durch die Nazis traumatisiert, weshalb sie die Erinnerung daran unterdrückten. Doch in Wahrheit gibt es keinen Beleg, der diesen Schluß stützen würde. Zweifellos wollten manche Überlebende damals (und auch in späteren Jahren) nicht über das sprechen, was geschehen war. Viele andere jedoch wünschten sich sehr, darüber zu reden, und wollten, sobald sich eine Gelegenheit ergab, gar nicht mehr damit aufhören. Das Problem lag darin, daß die Amerikaner nicht zuhören wollten.

Der wahre Grund für das öffentliche Schweigen über die Vernichtung durch die Nazis liegt in der konformistischen Politik der Führung der amerikanischen Juden und im politischen Klima im Amerika der Nachkriegszeit. In innen- wie außenpolitischen Angelegenheiten gingen die jüdischen Eliten Amerikas konform mit der offiziellen Politik der USA.

Das machte es leichter, die überlieferten Ziele wie Assimilation und Zugang zur Macht zu erreichen. Mit Beginn des Kalten Krieges stürzten die Organisationen des jüdischen Mainstream sich in den Kampf. Die jüdischen Eliten Amerikas "vergaßen" die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis, weil Deutschland - seit 1949 Westdeutschland - zu einem entscheidenden Nachkriegsverbündeten der Amerikaner in der Konfrontation der USA mit der UdSSR wurde. Es brachte nichts ein, die Vergangenheit ans Licht zu zerren; tatsächlich wurde dadurch alles komplizierter.

Mit kleineren Vorbehalten (die man rasch fallenließ) stimmten die wichtigsten Organisationen der amerikanischen Juden schnell der Unterstützung eines wiederbewaffneten und kaum entnazifizierten Deutschland durch die USA zu. Weil man befürchtete, daß "jede organisierte Opposition amerikanischer Juden gegen die neue Außenpolitik und gegen den veränderten strategischen Ansatz sie in den Augen der nichtjüdischen Mehrheit isolieren und ihre Nachkriegserrungenschaften im Inland gefährden könnte", predigte das *American Jewish Committee (AJC)* als erste Organisation die Vorzüge dieser Wiedereingliederung.

Der pro-zionistische Jüdische Weltkongreß (*World Jewish Congress, WJC*) und seine amerikanische Dependence ließen ihren Widerstand fallen, nachdem Anfang der fünfziger Jahre mit Deutschland eine Übereinkunft über Entschädigungszahlungen unterzeichnet worden war, während die *Anti-Defamation League (ADL, Anti-Diffamierungsliga)* 1954 als erste wichtige jüdische Organisation eine offizielle Delegation nach Deutschland entsandte. Gemeinsam mit der Bonner Regierung arbeiteten diese Organisationen daran, die unter den Juden verbreitete "antideutsche Welle" einzudämmen.

Noch aus einem anderen Grund war die "Endlösung" für die jüdischen Eliten Amerikas ein Tabu. Politisch links stehende Juden, die gegen das durch den Kalten Krieg bedingte Arrangement mit Deutschland gegen die Sowjetunion waren, hörten nicht auf, darauf heruzureiten. Das Andenken an die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis wurde deshalb als

kommunistische Angelegenheit abgestempelt.

Behaftet mit dem Klischee, das Juden mit Linken gleichsetzt - in der Tat stammte 1948 ein Drittel der Stimmen für den fortschrittlichen Präsidentschaftskandidaten Henry Wallace von jüdischen Wählern -, schreckten die jüdischen Eliten Amerikas nicht davor zurück, jüdische Mitbürger auf dem Altar des Antikommunismus zu opfern.

Indem das AJC und die ADL ihre Unterlagen über angebliche jüdische Umstürzler den Behörden zur Verfügung stellten, beteiligten sie sich aktiv an der Hexenjagd der McCarthy-Ära. Das AJC billigte die Todesurteile gegen die Rosenbergs, während seine Monatszeitschrift *Commentary* in einem Leitartikel erklärte, diese seien nicht wirklich Juden.

Aus Angst, mit der politischen Linken im In- und Ausland in Verbindung gebracht zu werden, lehnten es die konformistischen jüdischen Organisationen ab, mit Nazi-Gegnern aus der deutschen Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten; ebenso lehnten sie den Boykott deutscher Hersteller ab und beteiligten sich nicht an öffentlichen Demonstrationen gegen Ex-Nazis, die durch die USA reisten.

Andererseits mußten bekannte deutsche Dissidenten wie der protestantische Pastor Martin Niemöller, der acht Jahre in den Konzentrationslagern der Nazis verbracht hatte und sich nun gegen den antikommunistischen Kreuzzug aussprach, beim Besuch der USA Schmähungen der führenden amerikanischen Juden über sich ergehen lassen. ...<<

04.02.1965

Frankreich: Staatspräsident de Gaulle erklärt am 4. Februar 1965 während einer Pressekonferenz zur zukünftigen Europapolitik (x300/219): >>... Europa, Mutter der modernen Zivilisation, muß vom Atlantik bis zum Ural entstehen, um seine gewaltigen Hilfsmittel zu entwickeln und damit es gemeinsam mit Amerika, seiner Tochter, die Rolle spielt, die ihm zukommt, um 2 Mrd. Menschen zu dem dringend benötigten Fortschritt zu verhelfen.<<

25.03.1965

BRD: Der Bundestag beschließt am 25. März 1965 ein Gesetz über die Verlängerung strafrechtlicher Verjährungsfristen, um die Verjährung von NS-Verbrechen zu vermeiden.

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über die "Verjährung" von Straftaten (x051/600-601): >>Verjährung, Ausschluß der Ahndung von Straftaten nach Ablauf bestimmter Fristen.

Die Verjährung kann aufgrund gesetzlicher Vorschriften ruhen und durch bestimmte Prozeßhandlungen unterbrochen werden (§§ 78 ff. StGB). Bei der Verfolgung von NS-Gewalttaten spielte die Verjährung eine große Rolle: Da der als Gesetz geachtete "Führerwille" einer Ahndung entgegenstand, ruhte sie bis Kriegsende. In der Regel begann der Lauf der Frist am 8.5.45. Mit Ablauf des 8.5.1960 waren mit Ausnahme von Mord (§ 211 StGB) alle Taten verjährt, sofern die Verjährung nicht unterbrochen worden war. Bei Mord wäre die Verjährung nach 20 Jahren am 8.5.65 eingetreten.

Durch das "Gesetz über die Berechnung strafrechtlicher Verjährungsfristen" vom 25.3.65 wurde festgelegt, daß bei der Berechnung der Frist die Zeit vom 8.5.45 bis zum 31.12.49 (wegen mangelnder Funktionsfähigkeit der deutschen Rechtspflege während dieser Jahre) außer Betracht bleibt.

Am 26.11.68 beschloß die Vollversammlung der UN die Konvention über die Nichtanwendbarkeit der gesetzlichen Verjährungsbestimmungen auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, nach der auch eine bereits unterbrochene Verjährung rückwirkend aufzuheben war. Die Bundesrepublik und andere westliche Staaten traten der Konvention nicht bei, da sie dem im nationalen Recht enthaltenen Rückwirkungsverbot entgegenstand. Eine ähnliche, spätere Initiative des Europäischen Parlaments wurde von den Mitgliedstaaten – außer Frankreich – aus denselben Gründen abgelehnt (1974).

Nicht allein unter dem Eindruck der Konvention der UN beschloß der Bundestag am 4.8.69

das 9. Strafrechtsänderungsgesetz, das die Verjährungsfrist (u.a.) für Mord auf 30 Jahre erweiterte. Vor Ablauf dieser Frist begann im In- und Ausland eine lebhafte Diskussion über die Verjährung von NS-Verbrechen.

Der Bundestag erließ schließlich am 3.7.79 das 16. Strafrechtsänderungsgesetz, mit dem die Verjährung für Mord und für die erst 1955 in das StGB eingeführte Vorschrift des Völkermordes (§ 220a StGB) aufgehoben wurde.<<

08.04.1965

Belgien: Am 8. April 1965 wird ein Vertrag über die Fusion der Exekutivorgane der drei Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, Euratom) unterzeichnet.

Aufgrund dieses Fusionsvertrages werden die Organe von Montanunion, EWG und Euratom zu einem gemeinsamen Rat und einer gemeinsamen Kommission der "Europäischen Gemeinschaften" zusammengeschlossen. Der Fusionsvertrag tritt am 1. Juli 1967 in Kraft.

April 1965

BRD: Die Landsmannschaft der Oberschlesier fordert im April 1965 die polnische Regierung auf, die im polnischen Internierungslager Lamsdorf verübten Verbrechen an Deutschen juristisch zu prüfen und zu ahnden (x021/325).

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtet später über die polnische Prüfung und Ahndung der Gewalttaten an den Deutschen im Internierungslager Lamsdorf " (x021/325-326): >>Zwei Monate später ließen sich die Polen zu einer inoffiziellen Antwort herbei. In der Warschauer Zeitschrift "Kierunki" erschien ein Artikel unter der Überschrift "Geschichte und Lüge".

In ihm wurde das Todeslager Lamsdorf als "Sammellager" bezeichnet. Die Lagerhaft für Tausende deutscher Männer, Frauen und Kinder wurde damit begründet, daß die Deutschen Banden unterstützt hätten, die sich in den Wäldern verborgen gehalten hätten.

Mehr noch: Die Massaker an den Deutschen beim Barackenbrand wurde gerechtfertigt: "Die Deutschen haben mit einem Aufruhr reagiert. Sie weigerten sich einfach, das Feuer zu bekämpfen, und in dieser Situation, in der um so mehr der berechtigte Verdacht bestand, daß die deutschen Lagerinsassen im Zusammenwirken mit den Banden aus den naheliegenden Wäldern die Baracke angezündet hätten, machten die Lagerposten von der Schußwaffe Gebrauch. Gab es für sie einen anderen Ausweg?"

Die Berichte über Lamsdorf, bezeugt von vielen glaubwürdigen Männern und Frauen, werden in diesem polnischen Artikel als "neofaschistische Verleumdung" bezeichnet. ...<<

13.05.1965

Israel: Israel und die Bundesrepublik Deutschland nehmen am 13. Mai 1965 diplomatische Beziehungen auf.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel führt später zum Abbruch von diplomatischen Beziehungen zwischen arabischen Staaten und der Bundesrepublik.

Mai 1965

Der nordamerikanische Historiker John Gimbel (1922-1992) schreibt im Mai 1965 über die US-Besatzung in Westdeutschland (x306/15): >>... "Wir wissen wohl, daß die Besatzung wichtig ist, aber mangels einer hinreichenden wissenschaftlichen Literatur über den Gegenstand wissen wir nicht genau, weshalb sie für das heutige Deutschland wichtig ist."<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die besatzungsgeschichtlichen Ursprünge unserer Gegenwart (x306/15-18): >>... Daß die Besatzungsgeschichte den weißen Fleck auf der Landkarte der deutschen Zeitgeschichte bildet, ist keinesfalls auf die Unzulänglichkeit der Quellen zurückzuführen. Mag das eine oder andere Schlüsseldokument, insbesondere aus dem Bereich der sowjetischen

Besatzungspolitik, noch nicht zugänglich sein, so reicht das vorhandene Material doch für eine lebenslängliche Beschäftigung mit ihm vollständig aus. ...

Noch im Februar 1964 wurde dem Verfasser von den Archivaren versichert, daß sie bisher keinen Deutschen zu Gesicht bekommen hätten. Die bewiesene zeitgeschichtliche Abstinenz ist ein Akt der Vorsicht. Denn noch wird das Rezept gesucht, das die reibungslose Einordnung der Besatzungsgeschichte in das volkspädagogisch erwünschte Geschichtsbild ermöglichen soll. ...

Es ist nicht der Zufall, der die Schritte der deutschen Zeitgeschichtler an Washington vorüberlenkte. Es ist die Vorsicht. Diese ist geboten, da ein Mißverständnis den Lichtkegel der öffentlichen Aufmerksamkeit auf die historischen Studien lenkte. Das kam so:

Bei der Jagd auf den Sündenbock in den ersten Nachkriegsjahren wäre es geradezu ein übermenschlicher Heroismus gewesen, hätte man darauf verzichtet, den Nationalsozialismus dem jeweiligen Hausfeind in die Schuhe zu schieben, um so durch kleine Retouchen alte Rechnungen zu begleichen. Da machten sich denn auch einige Geistesgeschichtler auf den Weg, um Historiker des 19. Jahrhunderts wie Treitschke, Sybel und Ranke posthum zu inkriminieren. Aus der privaten Fehde wurde ein öffentliches Glaubensbekenntnis. Man meint seither, daß die getätigte Politik irgendwie vom Geschichtsbild abhängen müsse, und zieht daraus den praktischen Schluß, daß es einen politischen Effekt habe, wenn man die Historiker einer Meinungskontrolle unterwirft.

Historische Wertungen werden heute mit dem gleichen dogmatischen Eifer umfochten wie theologische Lehrsätze im 16. Jahrhundert. Es breitet sich behende eine Geschichtsinquisition aus, die bereits daran gegangen ist, historische Forschungen in die beiden Kategorien "volkspädagogisch willkommen" und "volkspädagogisch unwillkommen" (Golo Mann) einzuteilen. Glaubte man einst, daß das Geschick der Völker auf den Schlachtfeldern oder in den Parlamenten entschieden werde, so sieht man es heute durch die Portale der Volkshochschulen schreiten.

Als "volkspädagogisch willkommen" gilt derzeit alles, was irgendwie (im negativen Sinne) mit dem "Dritten Reich" in Verbindung gebracht und somit der "Bewältigung der Vergangenheit" dienstbar gemacht werden kann.

Die Wurzeln der Besatzungsgeschichte liegen jedoch in der amerikanischen Innen- und Außenpolitik, nicht aber in der Geschichte jener Gebiete, die unter dem (derzeit geographischen) Namen Deutschland geführt werden.

Daß die Besatzungsgeschichte kaum wesentlich anders verlaufen wäre, wenn es in Deutschland nie eine NSDAP gegeben hätte, ergibt sich schon aus einem Vergleich der amerikanischen Besatzung in Deutschland und Japan. ...

Der entschiedene Widerstand gegen die Erforschung der Besatzungsgeschichte bedient sich gerne des besatzungsapologetischen Arguments, daß Theorie und Praxis der Besatzung "nur" eine Reaktion auf Theorie und Praxis des "Dritten Reichs" gewesen sei.

Doch ist, wie so oft in der Weltgeschichte, die "Reaktion" ungleich wichtiger geworden als das, worauf sie reagierte. Ihr Anlaß ist ausgelöscht, aber die "Reaktion" ist geblieben.

Sie ist mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zur alleinbestimmenden Kraft geworden und hat für Deutschland unter anderem die territoriale Verstümmelung, die Teilung des Rumpfgebietes und dessen Anschluß an verschiedene Besatzungskulturen mit sich gebracht.

Führte der nationalsozialistische "Totalitarismus" zur Erfahrung, was es bedeutete, wenn das innerstaatliche politische Machtzentrum in alle Lebensbereiche einzugreifen vermochte, so sollte eigentlich die Nachkriegsgeschichte lehren, daß die zwischenstaatliche Hegemonie sich nicht auf das Gebiet der Außenpolitik beschränken läßt, sondern quer durch Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur bis in den Bereich privater Lebensführung hineinwirkt. Der hegemoniale Effekt ist uns auch aus anderen Geschichtesepochen bekannt. Neu ist jedoch, daß er

wissenschaftlich eingeplant wurde.

Die Lehre von den Chancen der "Stunde Null" gehört wohl zu den sakrosanktesten aller liberalen Dogmen. Deutschland sei 1945 eine Tabula rasa (Reiner Tisch) gewesen, auf der die unerhörtesten Dinge hätten eingetragen werden können. - Nichts ist falscher.

Deutschland war 1945 keine leere, sondern eine dicht beschriebene Tafel. Nur daß die Eintragungen nicht in deutscher, sondern in englischer, russischer und französischer Sprache gemacht worden waren. Die geschichtlichen Dominanten unserer Gegenwart liegen seither weniger in der deutschen als in der russischen und amerikanischen Geschichte. Washington und Lenin sind ungleich mehr Gestalten der Geschichte des heutigen Deutschlands als Bismarck und Friedrich der Große.

Die Entwicklungen der amerikanischen Innenpolitik spielen für das westliche Deutschland heute eine ähnlich entscheidende Rolle wie vor 60 Jahren die der englischen Innenpolitik für Indien. Der Unterschied ist, daß sich die Inder über diese Situation im klaren waren und die mit ihr gegebenen Chancen nutzten. Allerdings hat sich seither die Herrschaftstechnik erheblich verfeinert und ist von der Zensur der Antworten zur Suggestion der Fragen fortgeschritten.

Die besatzungsgeschichtlichen Ursprünge unserer Gegenwart sind tabu, und in den von Bonn und Ostberlin aus verwalteten Teilen Deutschlands wird mit gleichem Eifer an der Legende der autonomen Entstehung deutscher Nachkriegsstaaten gearbeitet. ...<<

03.06.1965

Polen: Der "Tagesspiegel" berichtet am 3. Juni 1965 über eine Erklärung des polnischen Erzbischofs Boleslaw Komemek (x064/29): >>... "Das Heimatrecht ist weniger wichtig als das Grundrecht von Einzelmenschen und ganzen Völkern auf Existenz", erklärte der polnische Bischof Komemek von Breslau in der jüngsten Ausgabe der katholischen Zeitschrift "Tygodnik Powszechny".

"Es ist eine allgemein bekannte und bezeichnende Sache, daß die Westgebiete für die deutschen Aussiedler oder Flüchtlinge längst aufgehört haben, eine Lebensfrage zu sein. Für Polen werden die Westgebiete niemals aufhören, eine Existenzfrage für 9 Millionen Menschen zu sein", schreibt Komemek.

Bei dieser Feststellung handele es sich keineswegs um eine polnische Analogie (Ähnlichkeit) zum deutschen Drang "Drang nach Osten". "Es handelt sich einfach um Lebensbedingungen für Menschen, für die anderswo ein entsprechender Lebensraum nicht gegeben ist.

Die Opfer, die die Deutschen durch den Verlust der Westgebiete zu tragen haben, müssen in die Reihe jener Entschädigungen einbezogen werden, die ein Staat zu zahlen hat, dessen Verschulden einer der scheußlichsten Kriege ist, die die Ausrottung des polnischen Volkes zum Ziel hatte".

Komemek erklärt, er habe aus der Bundesrepublik, vor allem von jungen Menschen, viele Briefe erhalten, die "einen stillen Verzicht auf den deutschen Besitz der Westgebiete enthalten. ... Einen ähnlichen psychischen Prozeß erleben wir auch in Polen hinsichtlich unserer ehemaligen Ostgebiete" ...<<

19.08.1965

BRD: Nach 20 Monaten wird am 19. August 1965 in Frankfurt der "Auschwitz-Prozeß" gegen SS-Angehörige des Lagerpersonals beendet.

Die angeblich zu milden Urteile führen damals zu starken Protesten im In- und Ausland.

05.09.1965

BRD: Vertreter des BdV verkünden am 5. September 1965 die Berliner Erschließung (x155/-117-118): >>... Deutschland ist unteilbar.

... Mitteldeutschland - die sowjetisch besetzte Zone - gehört unmittelbar zum einigen Deutschland. Nur das durch die sowjetische Besatzungsmacht gestützte kommunistische Regime hält

mit nackter Gewalt die Spaltung unseres Landes aufrecht und 17 Millionen Deutsche hinter Mauer und Stacheldraht in Unfreiheit.

Ostdeutschland - die deutschen Provinzen ostwärts von Oder und Neiße - bleiben Teil Deutschlands, nach geschichtlichem, Natur- und Völkerrecht. Selbst die Siegermächte haben (dies) in der Kapitulationsdeklaration vom 5. Juni 1945 bestätigt und anerkannt.

Deutschland besteht in seinen Grenzen von 1937 fort.

Das vereinte, freie, demokratische Deutschland wird in der Gemeinschaft der europäischen Nationen - auch der osteuropäischen Völker - mit aller Kraft für den Frieden Europas und der Welt wirken. ... Partner eines gerechten Friedensvertrages kann nur das ungeteilte Deutschland sein, dessen Bevölkerung sich seine politische und soziale Ordnung durch die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in voller Freiheit selbst geben muß. ...<<

19.09.1965

BRD: Während der 5. Bundestagswahl am 19. September 1965 erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 47,6 %, SPD = 39,3 %, FDP = 9,5 %, Sonstige = 3,6 %.<<

14.10.1965

BRD: Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) veröffentlicht am 14. Oktober 1965 eine Denkschrift über "Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn" (x064/24-27, x148/155, x155/120): >>Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD), die als kirchliche Gemeinschaft in das politische Spannungsfeld zwischen Ost und West gestellt ist, beobachtet mit wachsender Sorge, daß die Wunden, die der Zweite Weltkrieg im Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn geschlagen hat, bis heute 20 Jahre nach seinem Ende, noch kaum angefangen haben zu verheilen.

Ein wesentlicher Grund dafür ist auf deutscher Seite, daß die Besetzung der deutschen Ostgebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie durch Sowjetrußland und Polen und die Vertreibung von Millionen deutscher Menschen aus diesen Gebieten und aus den alten deutschen Siedlungsgebieten in der Tschechoslowakei sowie im übrigen Osten und Südosten Europas Probleme aufgeworfen haben, die bisher nicht zureichend gelöst worden sind. ...

Die Kirche ist von dieser Unruhe und Ungewißheit unter den Vertriebenen stark betroffen. Auch in ihren Reihen wird lebhaft, oft mit Erbitterung, in Diskussionen und Erklärungen kirchlicher Gruppen über die theologischen und ethischen Fragen des Vertreibungsproblems und die daraus zu ziehenden politischen Folgerungen gestritten.

Sie hält es daher um ihrer Verantwortung für diese Menschen willen, aber auch im Blick auf den an ihrem Ort aufgetragenen Dienst für den Frieden zwischen den Völkern für ihre Pflicht, diesen Problemen und Wegen zu ihrer Lösung nachzugehen.

Sie kann und will sich damit nicht an die Stelle der zum politischen Handeln Berufenen setzen, aber sie kann hoffen, einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion und zur Urteilsbildung zu leisten, einige der bestehenden Spannungen zu beseitigen und damit Wege zum politischen Handeln zu ebnen. ...

Jede Betrachtung zur Lage der Vertriebenen und zum künftigen Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn muß damit beginnen, den Umfang der menschlichen Seite der Katastrophe des deutschen Ostens bewußt zu machen.

In Millionen von Einzelschicksalen wiederholte sich mit dem Verlust der Heimat der Verlust beinahe jeglichen äußeren Besitzes und in den meisten Fällen auch der Verlust von nahen Angehörigen.

Millionenfach wiederholte sich mit den Strapazen der Vertreibung und mit dem Kampf um die nackte Selbsterhaltung eine totale Lebenskrise, die auch die seelische, geistige und geistliche Substanz erfaßte.

Den geschichtlichen Hintergrund der Vertreibung und aller Einzelschicksale aber bilden die

Vorgänge, durch die ein Viertel des Deutschen Reiches von 1937 unter fremde Verwaltung gestellt worden und der deutsche Siedlungsraum in der Tschechoslowakei sowie in anderen Ländern Ost- und Südosteuropas verlorengegangen ist.

Damit hat nicht nur das Geschichtsbewußtsein des deutschen Volkes einen empfindlichen Schlag erlitten, es bedeutet auch den Verlust großer kultureller Kraftfelder, von denen eine starke Wirkung auf das deutsche und europäische Geistesleben einschließlich seiner religiösen und kirchlichen Elemente ausgegangen ist.

Kirchlich gesehen empfindet es der deutsche Protestantismus bis heute als einen tiefgehenden Eingriff in seine Substanz, daß ihm mehrere große Landeskirchen ganz verloren gegangen und die Kirchen von Berlin-Brandenburg, Pommern und Schlesien in ihrem Bestand erheblich geschmälert worden sind. ...

... Die den Deutschen angetanen Unrechtstaten können nicht aus dem Zusammenhang mit der politischen und moralischen Verirrung herausgelöst werden, in die sich das deutsche Volk vom Nationalsozialismus hat führen lassen.

... Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie und aus anderen Nachbarländern hat die notwendige sittliche und rechtliche Rechtfertigung bisher nicht erfahren.

Die vorläufigen Entscheidungen des Potsdamer Protokolls vom 2. August 1945 zur Gebiets-
hoheit über deutsche Ostprovinzen sind immer noch nicht durch eine völkerrechtliche Dauer-
regelung abgelöst worden.

Als besonders belastend muß es bezeichnet werden, daß sich 20 Jahre nach Beendigung des
Zweiten Weltkrieges kaum die Möglichkeit abzeichnet, die schwerwiegenden Fragen der
Schuld und des Rechtes zwischen den beteiligten Völkern in sachlicher Offenheit zu erörtern.

...

Mit Recht empfinden es die Vertriebenen selbst als eine unzulässige Vereinfachung der Pro-
bleme, wenn diese mit der wirtschaftlichen Eingliederung als erledigt angesehen werden. Man
muß deshalb Verständnis für den Umfang und die Leidenschaft haben, mit denen die Diskus-
sion um das "Recht auf Heimat", im Sinne der ursprünglichen und angestammten Heimat ge-
führt wird.

Die Vorgänge um die deutschen Ostgebiete und das Vertreibungsschicksal anderer Völker
rufen in der Tat nach einer umfassenden internationalen Erörterung der Frage, wie weit künf-
tig durch eine völkerrechtliche und politische Verwirklichung eines neu zu formulierenden
Menschenrechtes derartige Massenkatastrophen verhindert werden können. ...

... Je weiter wir uns von den Ereignissen des Kriegsendes entfernen, desto mehr verschieben
sich offenbar im Erinnerungsbild vieler die tatsächlichen politischen und geschichtlichen Zu-
sammenhänge zugunsten einer einseitigen Sicht der Dinge. Je stärker die prinzipiellen rechtli-
chen und sittlichen Gesichtspunkte die Urteilsbildung bestimmen, desto mehr scheinen die
tatsächlichen politischen Möglichkeiten und Aufgaben zu verblassen. ...<<

>>... Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den jetzt polnisch verwalteten ehemals
deutschen Gebieten muß als Unrecht und Verstoß gegen elementare sittliche Gebote bezeich-
net werden. Darüber können auch alle Versuche unserer Nachbarvölker nicht hinwegtäuschen,
diese Vertreibung politisch, geschichtlich oder sittlich zu rechtfertigen.

Man trifft wohl am ehesten den geschichtlichen Tatbestand, wenn man die Vertreibung und
die Gebietsveränderungen als von den Polen in Anspruch genommene Entschädigung für ei-
gene Verluste und Leiden bezeichnet. Aber so wenig diese Verluste und Leiden geleugnet
oder vergessen werden dürfen, so wenig kann die eigenmächtig verwirklichte "Entschädi-
gung" den Unrechtscharakter der Vertreibung aufheben. ...

Aus dieser Sicht der Dinge müßte auch die Kirche einer stillschweigenden Sanktionierung der
Vertreibung durch Anerkennung in einem Friedensvertrag widersprechen. Es muß möglich

sein, daß dabei das Unrecht, das sich beide Seiten gegenseitig angetan haben, nicht übergangen wird. Nur so kann es einen Weg für ein neues Verhältnis zwischen den Völkern geben. ...<<

>>... Das Erbe einer bösen Vergangenheit erlegt dem deutschen Volk eine besondere Verpflichtung auf, in der Zukunft das Lebensrecht des polnischen Staates zu respektieren und ihm Raum zu lassen, dessen es zu seiner Entfaltung bedarf. ...

Eine deutsche Regierung muß heute zögern, einen Rechtsanspruch auf die Rückgabe von Gebieten zu erheben, deren Besitz wegen des Verlustes von Ostpolen zu einer wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeit für Polen geworden ist. ... Eine Wiederherstellung des alten Besitzstandes, die in den ersten Jahren nach 1945 noch möglich gewesen wäre, ist 20 Jahre später unmöglich, wenn sie Polen jetzt in seiner Existenz bedrohen würde, die Deutschland nach dem Gesagten zu respektieren hat. ...

Die rechtlichen Positionen begrenzen sich gegenseitig: Recht steht gegen Recht oder - noch deutlicher - Unrecht gegen Unrecht.

In solcher Lage wird das Beharren auf gegensätzlichen Rechtsbehauptungen, mit denen jede Partei nur ihre Interessen verfolgt, unfruchtbar, ja zu einer Gefahr für den Frieden zwischen beiden Völkern. ... Daher gilt es, einen Ausgleich zu suchen, der eine neue Ordnung zwischen Deutschen und Polen herstellt. ...

Das deutsche Volk muß auf die notwendigen Schritte vorbereitet werden, damit eine Regierung sich ermächtigt fühlen kann, zu handeln, wenn es nottut.<<

18.10.1965

BRD: Der deutsche Bundeskanzler Ludwig Erhard (1897-1977) berichtet während der Regierungserklärung vom 18. Oktober 1965 (x353/74): >>... Wir sind uns alle darüber klar, daß auf dem Wege zur Wiederherstellung der deutschen Einheit große Schwierigkeiten zu überwinden sind. Der Weg mag lang und dornenvoll sein. Am Ende dieses Weges muß nach der Überzeugung der Bundesregierung ein Friedensvertrag stehen, der von einer in freien Wahlen gebildeten gesamtdeutschen Regierung frei verhandelt und geschlossen wird. In diesem Vertrag - und nur in ihm - können und müssen die endgültigen Grenzen Deutschlands, das nach gültiger Rechtsauffassung in seinen Grenzen vom 31.12.1937 fortbesteht, festgelegt werden.<<

22.10.1965

BRD: Das BdV-Präsidium kritisiert am 22. Oktober 1965 die EKD-Denkschrift vom 14. Oktober 1965 (x155/119-120): >>... Jeder Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutet daher den Verzicht auf eine friedensvertragliche Gesamtregelung schlechthin und führt in seiner Konsequenz zur Anerkennung des Status quo in einem dreigeteilten Deutschland.

Die Empfehlungen, die in dieser Richtung vom Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands in Umlauf gesetzt werden, beeinträchtigen nicht allein die Rechtsansprüche der vertriebenen Deutschen, sondern sie gefährden die Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes.

Nach dem Wortlaut des Amtseides des Bundeskanzlers ist es in erster Linie Sache der Bundesregierung, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden. Die gleiche Verpflichtung obliegt auch den gewählten Vertretern des deutschen Volkes.

... Einseitige Schuldzuweisungen von deutscher Seite dienen dieser Verständigung nicht. Sie tragen nur dazu bei, die Einseitigkeit kommunistischer Anklagen gegen die Bundesrepublik vor der Weltöffentlichkeit zu bekräftigen.

Es ist von deutscher Seite politischer Selbstmord, eine Kollektivschuld aller Deutschen anzuerkennen und zu verkünden, während verbündete Staatsmänner im Gespräch mit offiziellen Stellen des Ostblocks diese Kollektivschuld verneinen und für das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes eintreten.

Der Bund der Vertriebenen begrüßt daher den Schritt des evangelischen Flüchtlingsbischofs Dr. Reinhard Wester (Schleswig), der im Bewußtsein seiner Verantwortung für das Rechts-

empfinden und die Glaubenstreue seiner evangelischen Landsleute von seinem hohen Amt zurückgetreten ist.

Der Bund der Vertriebenen erwartet, daß sich die Generalsynode der EKD von dieser Tendenzschrift einer Minderheit distanziert. ...<<

26.10.1965

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Ludwig Erhard am 26. Oktober 1965 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.